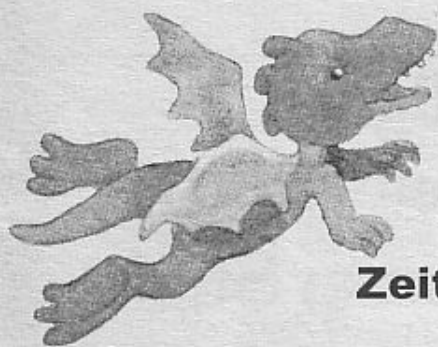




Kostenlos!

Ausgabe 18

Sommer 2000

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität



Die neue Straßenordnung!

Inhalt

Eine unvollständige Chronik des alltäglichen Rassismus in Solingen 2

Die von CDU und FDP geplante Verschärfung der Straßenordnung erzeugt Widerstand 3-5

Der Haushalt und die Streichliste: SOS-Rassismus wird kaltgestellt, Hallenbad Birker Straße soll geschlossen werden 6+7

Haushalt 2000
Westtangente: 120 Wohnungen sollen weg 8

Neues vom Hotel Diegel: "What a fucking town!" 9

Radwege Weyerstraße 10

"Angstfrei leben zu können, wäre für mich das Wichtigste!": Interview mit Vorsitzenden vom Verein "Roma Amensa" 11

Die schmutzigen Hände des Georg Elser 12

Günther Kissel und seine Erben 13

Nachruf: Karl Bennert ist gestorben 14

Interview mit Manfred Krause über den Verkauf der Stadtwerke 15

Mc Solingen – endlich Großstadt? 16+17

Wahlwerbung – auf der vergeblichen Suche nach Niveau 18+19

Joschka Fischer Superstar (Teil 3)

20+21

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000

Kontakt und Zuschriften:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98
e-mail: tachelesSG@wtal.de

Druck: Neuer Weg, Verlag und Druck Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Kontoinhaberin: Pauline Ehl
Konto: 297 349 6300, BLZ 330 101 11
- entstanden in Verzweiflung -

Eine unvollständige Chronik des alltäglichen Rassismus in unserer Stadt:

Manuel 1 Seite 2

11. Januar: Ein deutscher Taxifahrer weigert sich, den seit mehr als 25 Jahren in Solingen lebenden gebürtigen Nigerianer Dr. Eduard Iyizoba und seine vierköpfige Familie zu befördern. Der Chirurg hatte per Handy ein Großraumtaxi an den Ohligser Bahnhof bestellt. Anstatt befördert zu werden, musste sich die Familie rassistische Sprüche anhören. Ein türkischer Taxifahrer brachte die vom Düsseldorfer Flughafen kommende Familie mit Gepäck danach ohne Probleme.

26. Januar: Drei Skinheads, kahlköpfig mit Bomberjacken und Springerstiefeln mit weißen Schnürriemen bedrohten in Merscheid ein junges Pärchen mit einem Messer, schlugen auf das 15-jährige Mädchen ein und traktierten ihren 16-jährigen Begleiter mit Fußtritten.

Februar: Anwohner protestieren gegen den Beschluss der Bezirksvertretung, eine Straße nach Denise Ligier zu benennen. Dieser ausländische Name sei für Kinder nicht verständlich. Ligier hat sich engagiert für die Städtepartnerschaft Chalon-Solingen eingesetzt.

12. Februar: Im Solinger Tageblatt erscheint ein Leserbrief, in dem die Reden von Bundestagspräsident Thierse und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel zum Gedenken an die NS-Opfer kritisiert werden. Der Leserbriefschreiber fordert: „Nicht weniger darf dies aber für die brutalen millionenfachen Massenvertreibungen von Menschen aus ihrer Heimat gelten, die seit über 800 Jahren im angefochtenen deutschen Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenverbrechensverbrechen. Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefster Schmerzen für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.“

25. Februar: Besatzungen von vier Autos fallen vor dem Jugendzentrum Löhndorfer Straße über eine Gruppe ausländischer Jugendlicher her. Einem Solinger japanischer Herkunft wurde eine Pistole an die Schläfe gehalten. Die Polizei nahm zehn Skinheads fest und beschlagnahmte Gaspistolen, Baseballschläger und andere Waffen.

25. Februar: In einer Ohligser Gaststätte trafen sich rund 55 Neonazis aus Solingen und Umgebung, um einen Zusammenschluß von

Skinheadgruppen zu organisieren.

26. Februar: 30 Skinheads machten am Ohligser Bahnhof gezielt Jagd auf Ausländer, welche von einem Rockfestival kamen.

27. Februar: Die CDU beschließt auf ihrer Etatklausurtagung, dem gemeinnützigen Verein zur Förderung der Völkerverständigung „SOS Rassismus“ den gesamten Zuschuss in Höhe von 91.800 DM zu streichen.

28. Februar: Der erste Antrag der CDU im neugebildeten Ausschuss für Integration und Zuwanderung fordert die Streichung der Mittel für SOS Rassismus, weil diese Aufgabe auch u.a. die Polizei übernehmen könnte.

Mitte März: Die Moschee auf der Flurstraße wurde mit einem Hakenkreuz und dem Spruch „Türken raus“ beschmier. Ein Haus an der Graf-Engelbert-Straße wurde mit dem Spruch „Scheiß Türken“ und einem Hakenkreuz beschmier.

April: Die Republikaner hängen Wahlplakate mit dem Rüttgerspruch „Kinder statt Inder“ auf. Die CDU mildert ihren ursprünglichen Slogan ab.

Ende April: Plakatständer an der Eissporthalle werden mit Sprüchen wie „Ab



nach Dachau du Türken Sau“ und „Der richtige Ort für Türken ist Auschwitz“ beschmier.

23. April: Die Polizei wird zu einer über Gebühr lautstarken Party am Weyer gerufen. Bei der Überprüfung stellt sie fest, daß rechtsradikale Lieder gespielt werden und beschlagnahmt 500 CD's.

24. April: CDU und FDP bringen einen Antrag zur Verschärfung der Straßenordnung ein.

27. April: René Pierre Marguiny, Inhaber der in Ohligs ansässigen REMA-Hotelkette, möchte an einem bestimmten Tag auf dem Standesamt heiraten. Ein Schild, wonach das Standesamt für Ausländer donnerstags geschlossen sei, erregt seinen Unmut. Der Leiter des Solinger Standesamtes rechtfertigte sich: „Aus organisatorischen Gründen haben wir lediglich darauf hingewiesen, dass wir uns am einzigen offenen Nachmittag ausser Standes sehen, Anmeldungen für Eheschließungen mit Auslandsbeteiligung anzunehmen.“

Anfang Mai: „Ab nach Dachau. Du Türken-sau!“ wurde auf eine Plakatwand am Birkenweiher geschrieben.

Widerstand gegen die Verschärfung der Straßenordnung tut Not!

Seite 3

Nun führen die "christlichen" Schwarzen und die "freiheitsliebenden" Neoliberalen also den Kampf um die Straße aus den Großstädten Köln und Düsseldorf kommend hinein ins beschauliche Solingen. Am 24.4.00 machten sie ernst: CDU und FDP stellten den Antrag, die Solinger Straßenordnung massiv zu verschärfen. Dabei orientieren sie sich offensichtlich am ursprünglichen Düsseldorfer Verwaltungsentwurf, der dort auch bei der FDP auf scharfe Kritik gestoßen ist und so nicht beschlossen wurde.

Die Antrag zur neuen Straßenordnung im Detail

Das "Lagern vor allem durch Personengruppen, die sich an denselben Orten regelmäßig aufhalten" soll verboten werden. Damit können alte Leute, die sich regelmäßig auf dieselbe Bank setzen, Jugendliche, die sich am Graf-Wilhelm-Platz treffen, SkaterInnen auf dem Fronhof, Gruppen, die sich zum Picknick im Park oder im Wald verabreden und Obdachlose, die sich mit anderen an einer Parkbank treffen, vertrieben werden.

Als Kriterium des geplanten Verbots von "aggressivem Betteln" wird u.a. "hartnäckiges Ansprechen" angeführt. Die Interpretation von hartnäckig unterliegt dabei einzig der individuellen Wertung des "Sicherheitspersonals". Erwünscht ist hier allzu offenkundig der in Scham verstummte Bittsteller, der sich nicht rührt.

Mit dem Verbot von "Störungen in Verbindung mit Alkoholgenuß" ließe sich locker jedes Fußballspiel, das Dürpelfest und jede Abifete verbieten. Das "Herumstehenlassen

von Flaschen" trifft auf alle diese Veranstaltungen zu, treffen soll es aber zunächst wohl Menschen, die am neuen Mühlenplatz auf den Sitzstufen Dosenbier trinken statt im Strassencafé Fassbier zu trinken.

Mit "Lärmen" wird ein Tatbestand geschaffen, der sowohl spielende Kinder, SkaterInnen als auch GartenfestbesucherInnen treffen kann.

Die Formulierungen sind so unbestimmt und offen nach allen Seiten, dass mit ihnen letztlich jede/r StadtbewohnerIn und jede/r BesucherIn von den öffentlichen Plätzen und Parks vertrieben werden kann. Wen es gerade trifft, unterliegt der Willkür der (u.a. privaten) Sicherheitsdienste, welche die völlig harmlose Nutzung dieser Räume mit Platzverweis und "einer Geldbuße bis zu 2000 DM" bestrafen könnten.

Wie kommt mensch auf so etwas?

Würde dieser Antrag beschlossen, würde auch in Solingen ein Denken einziehen, das die Innenstädte als reine Eventcities sieht und jede Kommunikation zwischen Menschen, die nicht mit Kaufen und Verkaufen zusammenhängt, als unerwünschte Ansammlung betrachtet.

Ziel ist hier offenbar die Vertreibung aller unerwünschten, kaufkraftschwachen Personen aus den Zentren der Innenstädte, aber auch aus Parks etc. Zum einen wird damit versucht, der Nutzung öffentlicher Räume durch jugendliche SkaterInnen am Fronhof, Jugendcliquen am Graf-Wilhelm-Platz sowie unerwünschten jungen Leuten auf den Sitzstufen an den Clemens-Galerien die rote Karte



Foto: Oliver Klein

zu zeigen.

Zum anderen sollen damit getreu dem Motto "Eure Armut kotzt uns an" die aus dem Turbokapitalismus Herausgefallenen, Langzeitarbeitslose, Entwurzelte und Süchtige unsichtbar gemacht werden. Feste Plätze und Treffpunkte bieten für MitbürgerInnen ohne eigenes Dach oder mit fehlendem Einkommen einen wesentlichen Ort des täglichen Lebens. In der Dynamik der Vertreibung verschwinden nicht die Probleme dieser Menschen. Der aufsuchenden Drogen- und Obdachlosenarbeit z. B. wird so auf fatale Weise der Boden entzogen für Ansprache, Vertrauensbildung, Vermittlung und Soforthilfe.

Eine weitere Entwicklung bedroht die NutzerInnen des öffentlichen Raumes in der Innenstadt: Die Privatisierung der Plätze. So laufen Verhandlungen der Stadt über den Verkauf der Turmpassage, die heute noch öffentlichen Raum darstellt, an Karstadt. Gerüchten zufolge sollen auch die Clemensgalerien am Kauf des Mühlenplatzes interessiert sein.

Die Ankunft der schwarzen Sheriffs

Schon heute zeigt sich, wo die Reise hingehen soll: Obwohl der neue Mühlenplatz an den Clemens-Galerien der Stadt gehört und öffentlicher Raum ist, gebärden sich die schwarzen Sheriffs des Center-Managements, als gehöre der Platz ihnen. So verboten sie dem Jugendstadtrat, ein Flugblatt auf diesem Platz zu verteilen, obwohl die Straßenordnung ausdrücklich feststellt, "für das Verteilen von



Lebendiger politischer Unterricht für über 100 SchülerInnen während der Ausschusssitzung im Rathaus

Foto: Oliver Klein

Schriften oder Flugblättern mit politischem oder weltanschaulichem Inhalt ist eine Erlaubnis nicht erforderlich. Weiterhin versuchten sie, die Grünen daran zu hindern, einen genehmigten Infostand auf dem Mühlenplatz aufzubauen. Ein solches Verhalten kann nur als Amtsanmaßung bezeichnet werden. Menschen aus der Szene vor dem Büdchen bei P&C wurden von den privaten Sheriffs von den Sitzstufen auf dem Mühlenplatz verjagt. Dass man denen aber – noch – beikommen kann, zeigt ein Beispiel vom 11.5.: Eine Gruppe zu meist jugendlicher Menschen mit Bierflaschen sollte von dem Platz vertrieben werden, diese ließen sich aber nicht einschüchtern. Die von den Sheriffs herbeigerufene Polizei bestätigte das Recht, sich auf diesen Platz zu setzen und ließ den privaten Sicherheitsdienst abblitzen. Das Beispiel zeigt:

Widerstand gegen Vertreibung ist möglich.

Die schnelle Reaktion des Jugendstadtrates war hierbei vorbildlich. Er protestierte mit einer Presserklärung: *"Wir befürchten, dass Arme, Obdachlose, Suchtkranke und auch Jugendliche weiter ausgegrenzt werden sollen und aus dem Stadtbild weitgehend verschwinden, wenn sie sich nicht wie die konsumorientierte Masse verhalten. Ist das der Preis für die Clemens-Galerien?"*

Der Solinger Appell gestaltete ein Plakat mit dem Titel *Toleranz statt "no tolerance"*, das Fotos von der Nutzung des öffentlichen Raumes durch Schachspieler, "Szene", und Jugendliche auf 90 Plakatafeln im Stadtgebiet zeigte und deutlich machte, *"wer vertrieben oder zur Kasse gebeten wird, würde der Will-*

kür unterliegen"

Die Arbeitsgemeinschaft von Wohlfahrtsverbänden, Stadtjugendring, und Trägern der sozialen Arbeit in Solingen stellt zu dem Antrag fest: *"Durch die zahllosen Aktivitäten und persönlichen Kontakte ist es bisher gelungen, in Solingen gravierende Auswirkungen in der angesprochenen Art zu verhindern."* Sie befürchten, dass durch den Antrag *"die bisherigen Erfolge spürbar beschädigt werden. Alleine die Ankündigung hat bereits für erhebliche Unruhe gesorgt, die vor allen Dingen die bestehenden Vertrauensverhältnisse nachhaltig beeinflussen kann."*

Die Grünen luden zu einer öffentlichen Fraktionssitzung unter dem Motto *"Vertreibung löst keine Probleme"* ein. Dabei wurde vom teilweise erfolgreichen Protest des Düsseldorfer Bündnisses *"Ökumenische Erklärung ... zur Achtung gegenüber Wohnungslosen und Suchtkranken"* von über 100 Theologen, darunter dem Stadtdechanten und dem Superintendenten berichtet. Alle anwesenden Fachleute vom Ordnungsamt und der Jugend- und Drogenberatung, sowie Sozialarbeiter waren sich einig in der entschiedenen Ablehnung jeglicher Verschärfung der Straßensatzung, TeilnehmerInnen berichteten von der ablehnenden Haltung auch der Solinger Polizei.

Der Jugendstadtrat rief zur Demo

Der Jugendstadtrat rief zu einer Aktion am Rathaus auf, wo am 11.5. eigentlich der Antrag von CDU und FDP im Hauptausschuss beschlossen werden sollte. Ca. 200 Jugendliche kamen zum *"Saufen, Lärmen, Protestieren !!!!!!!!!!!!!!!"* und besuchten anschließend die Sitzung, wo sie mit lautstarkem Beifall die

Redebeiträge von SPD, Grünen und BfS beklatschten, die alle den Antrag auf die neue Ordnung ablehnten. Deutlich wurde dabei auch Alt-OB Uibel: *"Das fängt bei den Obdachlosen an. Bei welcher Minderheit hört es auf?"* Selbst OB

Haug erklärte entgegen seiner CDU-Fraktion, das geltende Recht sei ausreichend. Ein erster Erfolg war die Vertagung der Entscheidung und die Einbeziehung der Fachausschüsse für Jugend und Soziales. Auch zu diesen Sitzungen werden wieder Proteste erwartet ...

Gegen die Verschärfung der Straßensatzung hat sich inzwischen das Bündnis *"Solinger Erklärung für Begegnung – gegen Ausgrenzung"* gebildet, dem u.a. Mitglieder des Jugendstadtrates, der Caritas, des Fördervereins der Notschlafstelle, VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände, des Katholischen Bildungswerkes, der Jugendarbeit und des Solinger Appells angehören. Hier können Unterschriftenlisten gegen die neue Straßensatzung angefordert werden.

Die Verschärfung der Straßenordnung wird voraussichtlich in den folgenden Sitzungen weiterverhandelt:

- am 19. 6. im Jugendhilfeausschuss
- am 20. 6. im Sozialausschuss
- am 24. 8. im Hauptausschuss
- am 31. 8. im Stadtrat

Ort und Uhrzeit können unter Tel. 290-0 (Büro des Rates) erfragt werden.

Ein reger Besuch dieser Sitzungen würde der Verhinderung dieser Ausgrenzung dienen.

Kontakte zu Initiativen gegen die Verschärfung der Straßenordnung:

● Solinger Erklärung für Begegnung – gegen Ausgrenzung,

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, c/o Caritas, Goerdeler Str. 55, Fax: 2 06 38 19

● Jugendstadtrat

Burgstr. 101, Tel. 2 90 27 62

● Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Treffen: 15.6. 19.30 im Café Courage, Clemens-Horn-Str. 3, Fax 17198

● **tacheles** - Schickt uns Infos über Aktionen gegen die Straßenordnung und über Versuche, Euch aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben! (Adresse siehe Impressum S. 4).

Dietmar Galda

datenwerkstatt

die lust am lernen

Die neue Computerschule an der Burgstr. 19 hat nur vier Arbeitsplätze. Aber sie bietet Ihnen Persönlichkeit und Lernen nach Ihren Wünschen und Ihrem Zeitplan:

- Lernen Sie(endlich) einzeln oder in Minigruppen
- Legen Sie in Absprache mit uns Ihre Termine und Ihre Lernziele fest

Sagen Sie uns, was Sie lernen wollen
- wir machen es möglich!

Noch freie Plätze in folgenden Kursen:

PC-Einstieg
Surfen im Internet für Senioren
Surfen im Internet für Frauen
PC-Einstieg für Kids von 6-9

Weitere Angebote auf Anfrage!
Auch Nachhilfeunterricht!
Kontakt: 18614

Garten

Thomas Wendt
Odentaler Weg 225
42659 Solingen

Pflege und Gestaltung

Telefon
81 73 73





Solinger Erklärung für Begegnung gegen Ausgrenzung

Gegen die Verschärfung der Straßenordnung bildete sich ein Bündnis, das die Solinger Erklärung für Begegnung gegen Ausgrenzung ausarbeitete. Darin heißt es u. a.:

"Wir wollen und brauchen keine Verschärfung der Straßenordnung. Wir wollen nicht weniger Toleranz, sondern mehr (...) Wir sind der Meinung, dass das Leben auf öffentlichen Plätzen und deren Nutzung durch unterschiedliche Gruppen zum alltäglichen Bild einer Stadt gehören. Dabei haben auch bestimmte Szenen sogenannter "Randgruppen" ihre Berechtigung und gehören mit in unsere Gesellschaft (...) Wir fordern, dass der Antrag auf Änderung der Straßenordnung zurückgenommen und die bisher unterbliebene Diskussion mit Fachleuten in der Öffentlichkeit sachlich und ohne Druck nachgeholt wird. (...) Eine Privatisierung öffentlicher Plätze lehnen wir ab, weil hierdurch öffentliche Räume, die allen Menschen dieser Stadt gleichermaßen zur Verfügung stehen müssen, verloren gehen würden."

Am 19. Mai wurde diese Erklärung der Öffentlichkeit durch die folgenden VertreterInnen vorgestellt: Gerd Brems vom DPWV, Monika Büth-Niehr von der Solinger Tafel, Heinz-Manfred Jansen, Stadtdechant des Katholischen Dekanats Solingen, Antonius Kerkhoff, Leiter des Katholischen Bildungswerkes, Mariele Kirchhoff-Große-Rhode, Geschäftsführerin der Caritas und stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, Elfriede Nießen vom Förderverein der Notschlafstelle, Norbert Schäfer, Leiter der Jugend- und Drogenberatung, Pastor Siegfried Stoltze, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, Ursula Winkelhoch, Dekanatsratsvorsitzende der Stadt Solingen und Norbert Zimmermann, Mitarbeiter der Caritas-Beratungsstelle für Obdachlose.

Stadtdechant Jansen fragte dabei: "Sollen wir sie wegschließen oder was sollen wir mit den Menschen tun? Ist der Konsumwert in unserer Gesellschaft so absolut gesetzt, dass unsere Lebensqualität durch Obdachlose und kranke Menschen in Frage gestellt wird?"



Yesim Duvan, Vorsitzende des Jugendstadtrates bei der Kundgebung gegen die Straßenordnung

Kommentar

Konsumieren und sonst nix!

Mit einer gewissen Abneigung besuchte ich vor einigen Tagen die Clemensgalerie, mein erster bleibender Eindruck beim Besuch des Tempels zu Ehren Mammons waren nasse Füße; gebannt von den offensichtlichen Baumängeln war ich in eine knöcheltiefe Pfütze getreten, die sich auf der frisch gepflasterten Fläche gesammelt hatte. Nassen Fußes den Wasserkaskaden ausweichend, die aus undichten Stellen auf die Menschen herabstürzten, besah ich ungläubig die einfältigen Auslagen der neuen Shops, von denen mit Glück einige den Sommer überstehen werden (sollten sie nicht wiederholt volllaufen). Fehlende Vordächer, hingefrickelte Installationen, schwere Wasserschäden in verschiedenen Räumen (Kino) und der Verzicht auf Sanitäranlagen für Angestellte, die für Kleinbetriebe das Aus bedeutet hätten, rundeten das Bild dieses planerischen Desasters ab; die Verantwortlichen haben verständlicherweise während der Bauphase ihr Amt fluchtartig verlassen... Über den angewandten Schwachsinn durch unfertige Fassaden hinweggetäuscht, war den Flanierenden an diesem Tag scheinbar alles gleichgültig, gezogen

von ihren Kindern, die kostenlosen Pokemons und anderem Verblödungsschrott hinterherjagten, wateten sie begeistert durch die neue Mitte, ein netter Brunnen ein paar Stühle und Fastfood lassen übersättigte Menschen schnell an Neues glauben. Mir kam nur die kurzlebige Begeisterung in den Sinn, die dem "Bachtorcenter" und der "Cityresidenz" entgegengebracht wurde. Irgendwie bin ich dankbar für den in Solingen alle paar Jahre unter Beweis gestellten monumentalen Dilettantismus - er hat Unterhaltungswert. Bitter ist nur, dass das verpulverte Geld Freiräume nimmt. Mein Ziel war an diesem Tag die Stadtbücherei, wo eine Bedienstete mir mitteilte, dass die Benutzung nun 30 DM kostet - und mir wurde wieder bewußt, wer den Kommerz-Wahn zu zahlen hat. Eigentlich müßte ich noch Danke sagen, dass ich im kulturellen Feigenblatt der Galerie so billig weggekommen bin; denn angesichts der Kosten von ca. 180 Mio. DM ist diese Gebühr lächerlich, schließlich muß jeder Mensch dieser Stadt einen Gewinn von über 1.000 DM dort lassen, um den Unsinn ökonomisch zu rechtfertigen ...

Q

Der Anti-Antirassismus der CDU

Seite 6

Seit der Ratssitzung am 6. April steht nun endgültig fest, daß der Verein SOS-Rassismus ab dem nächsten Jahr keine städtischen Zuschüsse mehr bekommen wird. Dieser Beschluß wurde mit der Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grüne, BFS und ÖDP knallhart durchgesetzt.

Andreas Oliver Koch (CDU) begründete diesen Beschluß damit, daß Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Solingen kein Thema mehr seien, die Arbeit des Vereins z.B. im Bereich Flüchtlingsberatung auch von den Wohlfahrtsverbänden übernommen werden könne und die Stadt um Einsparungen nicht drumherum käme.

Doch jeder nur halbwegs am Solinger Geschehen interessierte Bürger weiß direkt, daß hier etwas nicht mit rechten Dingen zugehen kann.

Hatte es nicht schon im letzten Jahr geheißen, Franz Haug würde im Falle seiner Wahl zum Oberbürgermeister keine Kürzungen bei den freiwilligen Zahlungen an Vereine vornehmen? Arbeiten die Mitarbeiterinnen der Wohlfahrtsverbände nicht schon seit Jahren an ihrer Belastungsgrenze und das auf Ko-

sten der hilfeschuchenden Bürger? Wurden die deutlichen Proteste von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Initiativen, ÖTV, Jugendstadtrat und Stadtjugendring gegen eine Streichung nicht ernstgenommen? Ist der Traum aller antifaschistisch engagierten Bürger nun endlich Wahrheit geworden, daß Rassismus und Fremdenfeindlichkeit endlich besiegt wurden?

Schön wär's – doch das Gegenteil ist leider der Fall...

Noch während die CDU-Ratsfraktion ihre Klausuratsverhandlungen führt und über die Streichung der Zuschussgelder für SOS-Rassismus redet, kommt es in Ohligs zu mehreren Übergriffen von Skinheads auf Ausländer. In der Solinger Innenstadt werden seit Wochen Schmierereien zur Anzeige gebracht, die in ihrer eindeutigen Aussage kaum noch zu überbieten und äußerst besorgniserregend sind. Da wird mehrfach eine türkische Moschee beschmiert mit "Türken raus" und Hakenkreuz, auf Wahlplakaten wird mit Filzstift kein Hehl daraus gemacht, daß "...die Türken nach Dachau sollen" und erst vor kurzem wurden in Solingen Weyer über 500 CDs mit

rechtsradikalen Texten beschlagnahmt. Doch Solingen hat, laut CDU, kein Problem mehr mit Rechtsradikalismus und Rassismus, verschließt die Augen vor den Tatsachen und bemüht sich erfolgreich, all das im wahrsten Sinne des Wortes unter den Asphalt zu kehren.

1996 beschlossen SPD und Grüne im Rat, dem Verein SOS-Rassismus einen städtischen Zuschuß in Höhe von DM 91800,- zu bewilligen. Die nun erfolgte Rücknahme des damaligen Beschlusses kann wohl nur noch als späte Rache gewertet werden. An der Arbeit des Vereins kann es jedenfalls nicht gelegen haben, denn inhaltlich wurde daran nie Kritik geäußert. Aber wie sollte die CDU auch bewerten können; sie wußte ja gar nichts über die inhaltliche Arbeit. So wußte man nicht, daß SOS-Rassismus Projektgelder zur Unterstützung anderer Initiativen beantragt, ehrenamtliches Engagement von Bürgern tatkräftig unterstützt, in Absprache mit der Stadtverwaltung an einem neuen Migrationskonzept mitarbeitet oder ein Forschungsprojekt mit der Uni Wuppertal betreibt. Dabei hätte die CDU doch wissen müssen, wie dieser Verein arbeitet. Sie war im regelmäßigen Postverteiler und müßte eigentlich gut informiert sein, wenn sie sich für das Thema überhaupt interessiert hätte.

Das einzige, was der CDU vom Verein in unliebsamer Erinnerung geblieben sein mochte, war ein von mehreren Gruppen unterschriebener Brief, als Reaktion auf die CDU-Unterschriftenkampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft.

Die neuen politischen Uhren ticken nicht nur anders, auch die Zeiten haben sich geändert. Vorbei die Zeiten, daß man sich mit Zuschußempfängern zusammensetzte und über zukünftige Arbeitsschwerpunkte diskutierte. Im Falle von SOS-Rassismus mußte es der Verein sogar aus der Presse erfahren, daß die CDU ihm den Garaus machen wollte. Keine Vorgespräche, kein Brief, kein Telefonat, keine Reaktion auf eine schriftliche Anfrage des Vereins.

SOS-Rassismus ist der einzige Verein in Solingen, dem sämtliche Zuschüsse gestrichen wurden. Am liebsten hätte die CDU die Gelder sogar ab sofort gestrichen und nur aus rechtlichen Gründen ließ man sich auf Weiterzahlung bis zum Jahresende ein.

Die neue Stadtregierung aus CDU und FDP scheint bei all dem überhaupt große Probleme mit mündigen Bürgern und engagierten Menschen zu haben. So geschehen auf der Ratssitzung am 6. April, wo sich erstmalig die Vorsitzende des Jugendstadtrates Yesim Duvan für den Erhalt der Antirassismussarbeit aussprach und prompt dafür gemäßregelt wurde. Lag es daran, daß sie Türkin

SOS ruft SOS – ein Verein gegen Rassismus wird kaltgestellt

Seite 6/2

Wieder einmal schaffte es der Rat der Stadt Solingen, Jugendlichen zu vermitteln, was real existierende Demokratie bedeutet. Es ging bei dieser Ratssitzung um viel Geld, nämlich den Haushalt der Stadt.

Und wo ließe sich u.a. am besten sparen? Natürlich bei den sowieso wohlgeleiteten Ausländern, noch besser bei denen, die die Dreistigkeit besitzen, sich auch noch um jene ohne deutschen Pass zu kümmern, wie der nach dem Brandanschlag gegründete Verein SOS Rassismus. So beschloss die patriotische Mehrheit des Rates, den Rassismus in Solingen quasi auszuradieren.

Den Ratsherren und -frauen dieser Stadt gelang einer der brilliantesten Schachzüge der Geschichte: gleichzeitig Gutes zu tun und die Stadtkasse zu entlasten. Denn die Straßen in Solingen sind frei von Rechtsradikalen und in Solinger Köpfen sind alle rassistischen Gedanken gelöscht. Falls doch noch etwas passieren sollte, kommen unsere Freunde und Helfer in Grün. Wir können aufatmen.

Was kann man an einem so gut durchdachten Konzept auszusetzen haben?

Zwei hochkarätige Vertreterinnen des Ju-

gendstadtrates meldeten trotzdem ihre Stellungnahme an, die ihnen nach längerer Verhandlung gnädigerweise genehmigt wurde. "Halten Sie sich an die Geschäftsordnung!! Erläutern Sie nur den Beschluss des JSR zu dieser Angelegenheit!"

Ständig unterbrach der OB den/die RednerIn als diese auch noch ein politisches Statement abgeben wollten und darauf hinwies, dass das Budget für den Verein nur "Peanuts" im Vergleich zu anderen unsinnigen millionenschweren Vorhaben darstellt.

Unruhe machte sich breit an der patriotischen Front, Gemurmel, Fußescharren, böse Blicke. Eine Vertreterin des Rates brachte mit ihrem Zwischenruf die Lage auf den Punkt: "Das ist doch Rassismus."

Am Ende bleibt zu sagen, dass ein Teil des Rates der Stadt Solingen sich als grober Klotz im Umgang mit politisch engagierten Jugendlichen erwies und sicher noch für einige Überraschungen zu haben ist, wie z.B. den Bau der Westtangente, die Zupflasterung der Stadt und die Streichung von Mitteln für internationale Begegnungen.

Franzl und Ingel



ist, lag es daran, daß sie als Jugendliche Worte wählte, die von Herzen kamen und noch nicht parteipolitischem Machtkalkül entsprachen oder lag es daran, daß die Herren von der CDU/FDP Regierung erstmalig feststellten, daß der Stadtrat etwas gewählt hatte, was sich für sie wohlmöglich als "Kuckucksei" erweisen könnte?

SOS-Rassismus zu eliminieren, ist letztlich für die neue Ratsregierung nur eine Probe auf's Exempel.

Einem kleinen Presseartikel war kürzlich zu entnehmen, daß man beschlossen hatte, einen kleinen Sonderausschuß bestehend aus Mitgliedern von CDU und FDP zu gründen, der dann nicht nur das Haushaltssicherungskonzept unter die Lupe nehmen soll, sondern über neue Sparmaßnahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit entscheiden wird.

Mit solch einer politischen Herangehensweise kann man für Solingen zukünftig wirklich schwarz sehen...

Britta Müller

Haushalt 2000: Sparen für eine asphaltierte Zukunft

Neugierig waren sie erwartet worden, die **Duftmarken**, die CDU und FDP mit ihrem ersten Haushalt setzen würden. Und konsequent begannen diese mit der Abstrafung vermeintlicher GegnerInnen: So wurden der **Frauengleichstellungsstelle** die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit radikal um über die Hälfte zusammengestrichen – dann kann diese wenigstens keine Menschen mehr für ein verändertes Geschlechterverhältnis gewinnen. Für die **Biologische Station Mittlere Wupper** sind der CDU selbst 15.333 DM zuviel. 184.000 Landesmittel pro Jahr stünden bereit, um die erfolgreiche Arbeit der Biostation für die drei bergischen Großstädte weiterzuführen, doch der CDU und ihrem Umweltsprecher Krebs geht es offensichtlich nicht um die Fortführung der Arbeit für die Umwelt, sondern darum, die Definitionsmacht für Umweltpolitik in Solingen zurückzugewinnen, auch wenn es dann keine Biostation mehr in Solingen gibt. Dem Verein **SOS-Rassismus**, der seit dem Brandanschlag über Rassismus aufklärt und Flüchtlinge berät wurden die Mittel ebenfalls komplett gestrichen. Auch der **Öffent-**

liche Nahverkehr scheint ein Gegner der neuen Mehrheit zu sein: So wurde im Gegensatz zu den Vorjahren kein Pfennig für die Umsetzung des Solinger Nahverkehrsplanes vorgesehen. Vorhaben wie die Ausdehnung des Nachtbuskonzeptes auf die bisher nicht versorgten Stadtteile Gräfrath und Höhscheid fallen damit ebenso dem Rotstift zum Opfer wie die Verlängerung der Buslinie 691 über Unnersberg nach Krahenhöhe.

Bei der geplanten Schließung des **Hallenbades Birker Str.** geht es dagegen wohl nicht um Abstrafung, sondern darum, Geld für die als wirklich wichtig angesehenen Vorhaben anzusammeln: Der SPD-Baudezernent **Rohde** muß natürlich durch einen bequemer FDP-Mann ersetzt werden, und die vorzeitige Pensionierung kostet ordentlich Geld.

Und gaaaaanz wichtig: Während es völlig unklar ist, ob das Land die **Westumgehung Solingen-Mitte** finanziert, muß die Stadt schon mal 4 Millionen DM in die Vorplanung stecken. Baut das Land die Straße nicht, ist das Geld trotzdem weg. Auch egal.

Dietmar Galda

CDU verfolgt Kahlschlagpolitik bei Solinger Bädern

Schließung Hallenbad Birkerstraße!

Seit über 10 Jahren ist die Schließung des Hallenbades Birkerstraße in der Diskussion. Dieses fast 100 Jahre alte Bad ist eine wichtige Einrichtung für große Teile der Solinger Bevölkerung. Es ist das Bad, in dem die Solinger Nichtschwimmerausbildung stattfindet. 18 verschiedene Schulen nutzen das Bad, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) hat dort ihren Ausbildungsschwerpunkt, 5 Schwimmvereine sind dort ansässig und viele gerade ältere Menschen schätzen dieses Bad und nutzen es in den öffentlichen Zeiten.

B90/Die Grünen haben aus diesen Gründen in den letzten Jahren immer vehement für den Erhalt dieses Hallenbades gekämpft und konnten die Schließung auch gegen die SPD verhindern.

Die neue Ratsmehrheit aus CDU und FDP hat jedoch auch hier keine Skrupel, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen dieses Bad vor der Nase zu schließen und haben zum Etat 2000 folgendes beschlossen:

1. ab dem Sommer diesen Jahres wird das Bad für die Öffentlichkeit geschlossen,
2. ab dem Januar 2001 wird der städtische Zuschuss für das Bad auf 0 gesetzt,
3. wird kein Investor für das Bad gefunden, wird das Bad zum 1.2.2001 geschlossen.

Schon zu Beginn des Jahres hat der Stadt-sportbund Solingen gemeinsam mit dem Orts-

verband Solinger Schwimmer ein Konzept zur Übernahme des Bades vorgelegt, welches den städtischen Zuschuss um 200.000 DM jährlich senkt. Dennoch haben CDU und FDP ohne Diskussion dieses Konzeptes ihre oben genannten Beschlüsse durchgezogen. Bleibt nur zu hoffen, dass der öffentliche Druck durch Schulen, Vereine und öffentliche NutzerInnen weiter so anhält. B90/Die Grünen werden auf jeden Fall weiterhin für den Erhalt des Bades kämpfen.

Streichung der Zuschüsse für das Freibad Aufderhöhe!

Seit 8 Jahren versuchen der Förderverein für das Freizeit- und Badgelände Aufderhöhe und der TSV-Aufderhöhe, das geschlossene Freibad Aufderhöhe zu reaktivieren. Nun sollte in diesem Jahr endlich der 1. Bauabschnitt durchgeführt werden. Mit Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche (Freisportfeld für Fußball, Handball, Basketball, ein Beachvolleyballfeld, eine Schachanlage...) sollte endlich wieder Leben auf dieses schöne Gelände gebracht werden. 100.000 DM hatten Förderverein und TSV-Aufderhöhe durch

Sponsorenläufe, Kinderspielfeste und andere Aktivitäten gesammelt, im Etat der Stadt waren 200.000 DM für diese Maßnahme vorgesehen. CDU und FDP haben diese 200.000



Kanufahren im Schwimmbad Birker Str.

Foto: Rataplan

aus dem Etat gestrichen! Das Freizeit- und Badgelände Aufderhöhe hat damit keine Chance mehr zur Wiedereröffnung.

Attraktivierung Hallenbad Vogelsang

Auch hierzu stellten CDU und FDP keine Gelder mehr zur Verfügung. Ein bereits positiv abgestimmter Sportausschussbeschluss dazu wurde über Bord geworfen! **Birgit Evertz**

Westumgehung: Stadtrat will 120 Wohnungen abreißen

Der Widerstand gegen die Westumgehung wird stärker

In den letzten Monaten tauchte sie wieder öfter in Zeitungsberichten auf: Die „Westumgehung“, die auch schon mal von übereifrigen Planern euphorisch „Westentlastung“ genannt wird. Um was handelt es sich bei diesem nicht totzukriegenden Phänomen? Ein Phantom? Ein Evergreen oder doch die Vision eines stinkenden Asphaltbandes quer durch Wohngebiete und Grünzüge?

Wohl eher letzteres. Die Ratsmehrheit von CDU, SPD und FDP plant zwischen der Schlagbaumer Str. (Höhe ARAL-Tankstelle), der Frankenstr., der Spar- und Bauvereinssiedlung Kotter Str., der Kattenberger Str., der Kölner Str. und dem Werwolf einen quasi **Autobahn-Halbkreis** rund um die Innenstadt quer durch gewachsene dichtbebaute Wohngebiete und wichtige Biotop. Die Trasse würde aus der geplanten Westumgehung Solingen-Mitte, der Viehbachtalstraße zwischen den Ausfahrten Mangelberger Str. und Frankfurter Damm und der geplanten Verlängerung der Viehbachtalstraße bis zur Schlagbaumer Str. bestehen.

Mehrere im Auftrag der Stadt erstellte Gutachten haben eindeutig ergeben, dass die Straßenneubauten höchstens 1/3 der bisherigen Verkehrsmenge in wenigen Straßen der Innenstadt verringern könnten und dass dies für das menschliche Ohr kaum wahrnehmbar wäre. An anderer Stelle würden dagegen zusätzlich große Wohngebiete zerschnitten und verlärm. Die Straßen würden zusammen mit den weiteren zahlreichen geplanten Schnellstraßen den **Autoverkehr in Solingen massiv steigern und Bus und Bahn weiter zurückdrängen**.

Mit der mindestens 45 Mio. teuren **Verlängerung der Viehbachtalstraße nach Norden** würde das obere Lochbachtal mit dem Quellgebiet zerstört. Dies ist der einzige durchgehende Grünzug, der die Stadtmitte mit Ohligs verbindet. Das Solinger Klinikum und die umgebende dichte Wohnbebauung würde durch Lärm und Abgase stark beeinträchtigt. **Die Straße ist autobahnähnlich geplant:** Vierspurig mit zusätzlich zwei Seitenstreifen.

Für die 120 – 150 Mio. teure **Westumge-**

hung Solingen-Mitte zwischen Mangelberg und Werwolf würden ca. 120 Wohnungen abgerissen. Zahlreiche Biotop entlang der Bahnlinie, die für die Biotopvernetzung eine wichtige Verbindungsfunktion einnehmen, würden zerstört. Das Naherholungsgebiet Weyersberg/Nacker Bachtal würde durch die **19-25 m breite Straße** zerschnitten und verlärm. Statt Frischluft würden künftig aus Südwest Autoabgase in die Innenstadt geblasen. Ein dichtbebautes Wohngebiet würde zerstört



und mit **9,50m hohen Lärmschutzwänden** zerteilt. Die Stadt müht sich eifrig, diese Planung voranzutreiben: So wurde eine Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) für 380.000 DM in Auftrag gegeben. Die UVS berücksichtigt nicht, dass mit der Beschleunigung des Autoverkehrs infolge der Straßenneubauten eine weitere Zurückdrängung des ohnehin benachteiligten Nahverkehrs erfolgen würde.

120-150 Millionen sind schnell verplant...

Bei der Vorstellung der UVS am 31.1. im Planungsausschuss kam es zu erheblichen Protesten. BürgerInnen hatten Plakate mitgebracht: „Widerstand gegen die Westumgehung“, „Bürger sofort beteiligen“, „120 Abbrüche + 100 Mio. DM = Zerstörter Lebensraum“. Sie erreichten eine Bürgeranhörung während der Ausschusssitzung am 28.2. Hierzu kamen ca. 60 Menschen, die ganz überwiegend die Planung kritisierten. „Wenn ich das Gutachten sehe und sehe, was dem Auto alles geopfert wird, wird mir schlecht“ und „In meinen

Augen ist der Nutzen gering. Die Straße ist nicht umweltverträglich“ – so brachten BürgerInnen die Stimmung auf den Punkt. Dass dies die PolitikerInnen von CDU, SPD und FDP nicht zum Umdenken bewegen würde, war eigentlich klar. Ein Erfolg war aber dennoch zu vermerken: Neben den Grünen lehnten bei der Ratssitzung am 6.4. auch die BfS und die ÖDP die Planung der Straße ab. Damit wurde dem Land signalisiert, dass es größeren Widerspruch gegen die Straße gibt.

Die Ratsmehrheit will, dass die Straße als Landesstraße gebaut wird und das Land die Kosten somit zu 100% trägt. Das Land hat die Straße bisher nicht in den Landesstraßenbedarfsplan aufgenommen. In der Sitzung vom 31.1. erklärte Rohde, das Land tendiere dahin, dass die Straße nicht zu 100% zu fördern, sondern – wenn überhaupt – nur zu 80%. Das würde bedeuten, dass die Stadt mindestens **24 Millionen DM** selbst zahlen müsste. Dieses **Geld würde dann für die Finanzierung von Schulbauten, Kindergärten, Jugend- und Kultureinrichtungen** fehlen ...

Trotz der Unsicherheit über die Landesförderung beschloss die Ratsmehrheit zwischen 2000 und 2002 4.081.000 DM für die Vorplanung der Straße auszugeben.

* Trotz aller Bemühungen der Stadt ist es nach wie vor völlig offen, ob die Straße je gebaut wird:

* Der Etat für Straßenbau im gesamten Land NRW beträgt 150 Mio. DM im Jahr. Allein die beiden hier beschriebenen Straßensegmente würden 165-195 Mio. DM für Solinger Planungen kosten, sie stellen aber nur einen Ausschnitt aus den Straßenplanungen der Stadt dar. **Wer soll das bezahlen?**

* Es zeichnet sich ab, dass gegen ein Planfeststellungsverfahren mit guten Erfolgsaussichten geklagt würde.

* Die Westumgehung stellt mit 120 vorgesehenen Wohnungsabbrüchen und der Trassenführung durch dichtbebautes Wohngebiet sicherlich die brutalste Straßenplanung in ganz NRW dar, ob es dafür heute noch Geld gibt, ist mehr als ungewiss.

Dietmar Gaida



Hotel Diegel und Pina Bausch

Seite 9 ✓

Ab und zu wollen die aus aller Welt angereisten Fans des Tanztheaters von Pina Bausch das Geburtshaus der wohl zur Zeit berühmtesten Solingerin besichtigen. Beim nächsten Mal könnten sie an der Focher Straße Nummer zehn stehen und auf ein großes Loch schauen. Zu Recht könnte dann die Bemerkung "what a fucking town" fallen. Denn eine Stadt, die nicht in der Lage ist, das Geburtshaus von Pina Bausch zu bewahren, hat nichts besseres verdient. Da wird es dann auch nichts nützen, wenn gewisse Politiker voller Stolz darauf hinweisen, daß sie statt dessen für eine optimale Autobahnanbindung dieser Stadt gesorgt hätten.

Dem Hotel Diegel droht inzwischen der Abriss. Hätte die an Alzheimer erkrankte Inhaberin nicht schlichtweg vergessen, ihre Nutzungsgenehmigung als Hotel zu verlängern, könnten die dort lebenden "Stammgäste" immer noch unbehelligt wohnen. Und Herbert Diegel, der Sohn, könnte mit den Mieten die Kosten für die Pflege seiner Mutter weiter bezahlen. Erst als einige aus dem Haus beim Sozialamt Mietbeihilfen beantragten, nahm das Unglück seinen Lauf. Vorhandene Mietverträge wollte die dort zuständige Abteilungsleiterin nicht mehr akzeptieren. Sie verlangte, in solchen Fällen höchst ungewöhnlich, die Einschaltung der Bauaufsicht, um zu klären, ob eine Nutzungsordnung vorliegt. Der Brandschutz wurde tätig, stellte erhebliche Brand-

schutzmängel und das Fehlen einer Nutzungsordnung fest.

Am 20.12.1999 forderte die Stadt eine Räumung des Hauses bis Heiligabend. Aufgrund von Protesten wurde diese Frist bis zum 29.02.2000 verlängert. Heute wohnt noch immer die Hälfte der BewohnerInnen dort, und die Stadt besteht auf weitere Zwangsmaßnahmen.

Die tacheles berichtete darüber und die Grünen erreichten im Sozialausschuss die Bildung einer speziellen informellen Arbeitsgruppe zu diesem Problem. Arbeiter einer Solinger Firma, spezialisiert auf Brandschutzmaßnahmen, hatten die tacheles gelesen und sich bereit erklärt, unter Verzicht auf Lohnkosten, die notwendigen Brandschutzmaßnahmen im Hotel durchzuführen. Die Materialkosten dazu wurden auf zirka 30.000 DM geschätzt. Der Betreuer der Eigentümerin des Hotels bemühte sich allerdings vergeblich bei den ortsansässigen Banken und den Sozialhilfeträgern ein Darlehen zu be-

kommen, um die Materialkosten und ein gefordertes Gutachten finanzieren zu können. Er hat inzwischen der Stadt mitgeteilt, daß er das Haus kurzfristig verkaufen müsse, um die Pflegekosten (Stufe 3) für Frau Diegel zu erwirtschaften. Im Rahmen der Verkaufsverhandlungen werde er auch mit Frau Bausch Kontakt aufnehmen, teilte er dem Beigeordneten Rhode mit, der seinerseits überprüfen lässt, ob denkmalrechtlich die Möglichkeit besteht, das Haus als Kulturdenkmal auszuweisen.

Schnelles Handeln jedoch wäre angebracht, denn ein normaler Käufer wird vor allem am Grundstück finanzielles Interesse haben. Das Haus an sich hat für ihn wenig wert, zumal Denkmalschutzauflagen entstehen könnten und der Umbau des ehemaligen Hotels zu einem rentierenden Mietshaus hohe Kosten verursachen würde. Die Städte Solingen und Wuppertal sollten gemeinsam mit dem Pina Bausch-Tanztheater eine Stiftung bilden, um das Haus zu retten. Dass nach einer entsprechenden Brandschutzsanierung die alten Stammgäste dort, wo jahrelang kostenlose Sozialarbeit geleistet wurde, wieder wohnen können, passte zum sozialkritischen Anliegen des Tanztheaters der Pina Bausch. Später könnte man zum Beispiel, nach und nach, die alte Kneipe, wie zu Pina Bauschs Kinder- und Jugendzeit in Solingen, versuchen wieder einzurichten.

Frank Knoche

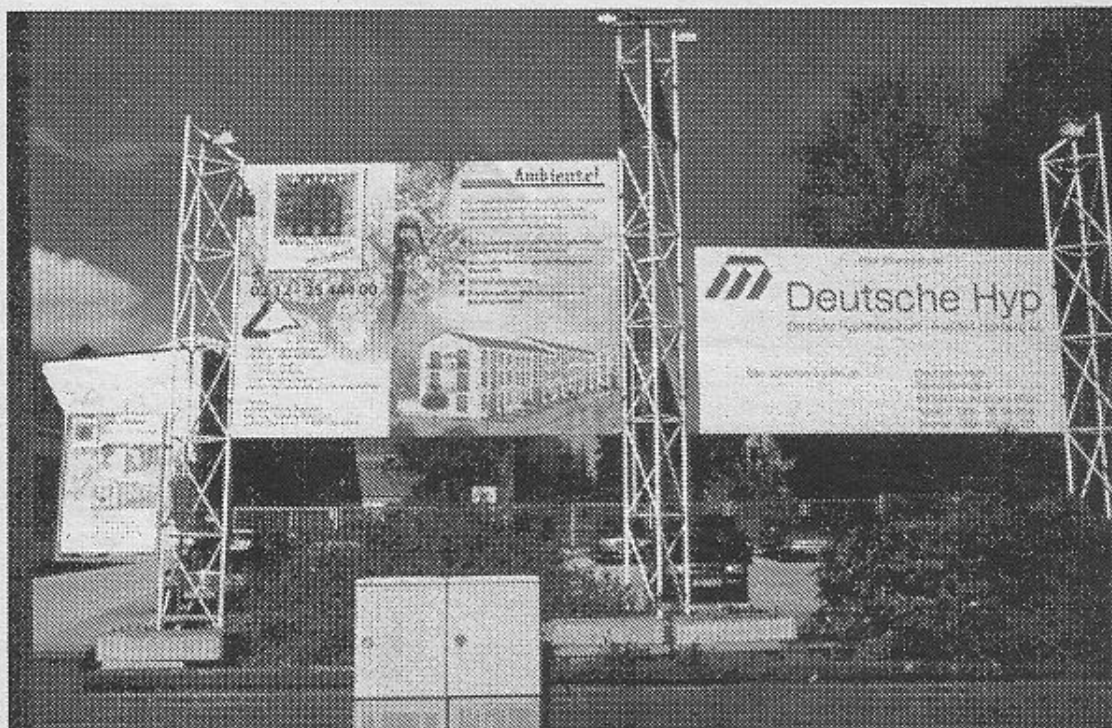


Foto: Rataplan

**Ist das Hotel Diegel deswegen nicht mehr zeitgemäß?
Schöner Wohnen in gehobenem "Ambiente" auf der alten Flora Frey Fläche
in unmittelbarer Umgebung des Pina Bausch Geburtshauses**

**Cafe
Mosaik**

Entenpfuhl 1 - 3
42651 Solingen

Telefon 02 12 / 224 65 84

Öffnungszeiten

Montag - Donnerstag von 11.30 - 23.30 Uhr

Freitag - Sonntag von 11.30 - 1.00 Uhr

Coitus ad absurdum

Schwarz/gelbe Verkehrspraktiken bestärken Zweifel am Verstand lokaler EntscheidungsträgerInnen... *Seite 10*

Mehr als tausend Unterschriften sammelten die SchülersprecherInnen von Humboldt-Gymnasium und Schulzentrum Vögelsgang für die Sicherheit ihrer MitschülerInnen im Straßenverkehr. Hintergrund war das Vorhaben von CDU/FDP, die Sanierung der Weyerstraße ohne den Ausbau von Radwegen voranzutreiben.

Denn anstatt für die Sicherheit aller - vor allem der schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen - zu sorgen, fühlen sich die Damen und Herren oben genannter Fraktionen einzig und allein den Interessen der AutofahrerInnen verpflichtet. „Freie Fahrt für freie Bürger“, und das obwohl 1999 mit 88 verletzten FahrradfahrerInnen 25 Opfer mehr zu beklagen waren als im Vorjahr. Anstatt den Schulweg für die betroffenen SchülerInnen sicherer zu machen, schafft man Parkplätze für die AnwohnerInnen.

Im letzten Jahr stieg die Zahl der Unfälle, bei denen Kinder zu Schaden kamen, um 15,2 Prozent. Durch die Weigerung der verkehrspolitisch Verantwortlichen, ein Mehr an Sicherheit zu schaffen, werden solche Verhältnisse anscheinend billigend in Kauf genommen.

Nichtsdestotrotz dürfen sich die BesitzerInnen mobiler Waffen der Rückendeckung sogenannter „Verkehrsexperten“ wie Herrn Bickenbach/CDU erfreuen, welcher messerscharf befand, dass „nur wenige mit dem Rad zur Schule kommen“ und „die Ständer leer“ seien.

Offen bleibt allerdings, wann der gute Herr sich denn wo wovon überzeugt hat.

Am Humboldt beispielsweise wurden dieses Jahr, trotz vorhandenem Fahrradkeller,

noch weitere Fahrradständer gebaut, um den immensen Bedarf an Stellmöglichkeiten zu decken. Der Fahrradkeller der ASS reicht ebenfalls kaum aus. Täglich fahren hunderte SchülerInnen mit dem Rad zu den anliegenden Schulen.

Es wird also, trotz lächerlicher Versuche seitens CDU/FDP, sich-die-Realität-schönzureden-bis-man's-selbst-glaubt, Fahrrad gefahren.

Selbst die treue SOLINGER MORGEN-POST schrieb am 30.03. in Zusammenhang mit der schwarzen Haltung gegenüber der Weyerstraße vom „großen Irrtum der CDU“.

„Wenn schon Schwachsinn, dann auch richtig“ dachte sich wohl schwarz/gelb und verabschiedete, entgegen allen Protesten, Einwänden und Leserbriefen die Sanierung der Weyerstraße ohne Fahrradwege.

Michael

Täglich von 13-1 Uhr

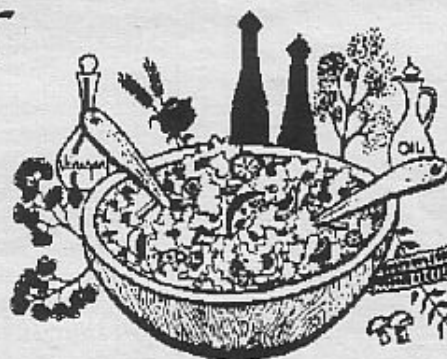
Entenpöhlchen



Entenpfuhl 1, 42651 Solingen
0212 20 73 33

Cölner Hof

Gepflegte Gastronomie
an den
Clemens Galerien
Geöffnet von 10 - 1 Uhr



Neueröffnung
Anfang Juni

Kölnerstraße 138 Solingen Tel. 0212- 20 21 75



“Angstfrei leben zu können, wäre für mich das Wichtigste” *Seite 11*

Interview mit dem 1. Vorsitzenden des Vereins “Roma Amensa”

Am 14. April herrschte munteres Treiben in der Gaststätte “Am Brühl”. Etwa 30 Angehörige von in Solingen lebenden Roma-Familien und ca. 10 Deutsche hatten sich an diesem Abend hier eingefunden, um einen Förderverein zu Unterstützung von Roma-Familien zu gründen. Es wurde erklärt, beraten, diskutiert, verhandelt, auf Deutsch und auf Romanes, mit Händen und Füßen – deutsches Vereinsrecht ist eben kompliziert! Um 23 Uhr war es dann endlich geschafft: Der Verein “Roma Amensa” (“Roma mit uns”) war gegründet. **tacheles** wollte wissen, welche genauen Ziele der Förderverein verfolgt und aus welcher Motivation heraus dies geschieht. **tacheles** sprach deshalb mit Elvis Aliewsky (19 Jahre), dem 1. Vorsitzenden des Vereins: **tacheles: Warum und wann kamst Du nach Solingen?**

E. Aliewsky: Ich bin in Mazedonien geboren und habe dort unter sehr schlechten und ärmlichen Bedingungen meine ersten Lebensjahre verbracht. Meine Familie und ich sind zunächst nach Serbien gezogen, aber dort ging es uns auch nicht viel besser. Die Situation der Roma ist in ganz Europa sehr schlecht. Nirgends werden wir anerkannt. In der Schule wurden wir nicht respektiert und als Anfang der 90er Jahre in Jugoslawien der Krieg begann, sollte mein taubstummer Vater gezwungen werden, zum Militär zu gehen. 1991 sind wir nach einer ersten Abschiebung zum zweiten Mal nach Deutschland eingereist, haben einen Asylantrag gestellt und seitdem wohnen wir in der Flüchtlingsunterkunft auf der Bergerstraße. Ich habe mich in all den Jahren sehr gut in Deutschland eingelebt, viele Freunde gefunden, hier die Schule besucht und sehr viel gelernt.

tacheles: Hast Du die Möglichkeit, hier Geld zu verdienen?

E. Aliewsky: Nein. Ich habe ja keine Arbeitserlaubnis. Ich darf auch keine Ausbildung machen. Ich habe in der Jugendhilfswerkstatt ein Berufsvorbereitungsjahr im Metallbereich absolviert, eine Ausbildungsstelle hätte ich auch bekommen können, aber ohne Arbeitserlaubnis..... Ich würde sehr gerne eine Ausbildung machen und arbeiten, dabei geht es mir auch um meine Eltern, denn selbst wenn mein Vater dürfte, würde er wahrscheinlich keine Arbeit finden.

tacheles: Wie ist die Situation im Flüchtlingsheim?

E. Aliewsky: Seit 1991 leben wir mit einer inzwischen achtköpfigen Familie in 1 ½ Zimmern. Die Küche und das Badezimmer teilen wir mit anderen Familien. Mein 12jähriger Bruder ist wegen dieser Wohnbedingungen erkrankt. Er hat ganz schlimme Allergien entwickelt, unter anderem gegen die Woldecken. Jetzt müssen wir einen Antrag stellen, damit wir andere Bettdecken bekommen.

tacheles: Nun haben Roma und Deutsche gemeinsam einen Verein gegründet, um etwas gegen diese schlechten Lebensbedingungen zu unternehmen und die hier lebenden Roma zu unterstützen!?

E. Aliewsky: Ja, es gibt ungefähr 40 Roma-Familien in Solingen und etwa 30 Familien haben sich in den Verein eingetragen. Wir brauchen etwas für alle hier lebenden Roma verbindendes und gemeinsames. Beispielsweise fehlen Räumlichkeiten, wo wir uns treffen können, wo wir auch mal Feste feiern können. Wir möchten auch auf Stadtfesten unsere Tänze aufführen, die Jugendlichen möch-



Foto: B. Reimann

Von links: Beisitzer Dragan Kalinovic, Beisitzerin Aphrodita Ramadanovic und der Vorsitzende Elvis Aliewsky

ten Musik machen, die Mädchen brauchen Tanzmöglichkeiten, dafür benötigen wir Proberäume...

tacheles: ...und Beratungsräume...

E. Aliewsky: ...Wichtig ist natürlich auch die Möglichkeit für Beratung. Erst vor einigen Tagen bat mich ein Roma zu sich, der ziemlich große Angst vor einer Abschiebung hat. Überhaupt sehr viele Roma – und natürlich auch andere Flüchtlinge – leben in ständiger Angst vor einer Abschiebung. Ich selbst muss meine Duldung jeden Monat verlängern lassen. Das bedeutet jeden Monat Angst zu haben. Es gab Fälle, da sind Leute direkt vom Ausländeramt aus abgeschoben worden. Auch deshalb ist es wirklich sehr wichtig, dass Deutsche im Verein tätig sind und bei Gesprächen mit den Ämtern helfen und beraten. Besonders dankbar bin ich dabei Brigitte Reimann und Frau Ullmann für ihre Unterstützung..

tacheles: Elvis, was wünschst Du Dir ganz persönlich für Deine Zukunft?

E. Aliewsky: Ich möchte keine Angst mehr haben, zurück nach Jugoslawien zu müssen.. Außerdem möchte ich mich freier bewegen können. Aufgrund meiner Duldung darf ich ja nicht weiter als nach Düsseldorf fahren. Auch ist es mir manchmal peinlich, Leuten gegenüber zuzugeben, dass ich in einem Flüchtlingsheim wohne. — Aber angstfrei leben zu können und nicht mit dem Gefühl aufwachen zu müssen: “Heute werde ich vielleicht abgeschoben!”, das wäre für mich das Wichtigste. **tacheles: Wir danken Dir für dieses Gespräch und wünschen Dir viel Glück für Deine Zukunft!**

Interviewerin: Eva Thomas

Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn- Straße 3, Tel.: 273635



Öffnungszeiten:

Montag 15-18 Uhr

Dienstag bis Donnerstag 10.30 - 18 Uhr

Freitag 10.30 - 15 Uhr

Samstag 11-15 Uhr

Außerhalb der
Öffnungszeiten kann
das Café für
Veranstaltungen und Feste
gemietet werden.

Die schmutzigen Hände des Georg Elser und die weiße Weste der NATO

Seite 12

Zum Nachweis, dass während der Zeit des deutschen Faschismus nicht alle im Lande dem Führer folgten, wird alljährlich zum 20. Juli des 1944 begangenen Attentates auf Hitler gedacht. Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien versuchen dann den Eindruck zu erwecken, als habe das mit dem Namen des Generalstabsoffiziers von Stauffenberg verbundene Attentat das Ziel gehabt, Deutschland von der Diktatur zu befreien und demokratische Verhältnisse herbeizuführen.

Wäre es von Stauffenberg und seinen Verbündeten tatsächlich um Demokratie in Deutschland gegangen, ein alljährliches Gedenken wäre ihnen wohl versagt geblieben.

Tatsächliches Ziel des Attentates war es, angesichts der absehbaren militärischen Niederlage – die Rote Armee rückte nach Westen vor und die Alliierten befanden sich in der Normandie – die NS-Diktatur durch eine Militärdiktatur zu ersetzen. Hätte die militärische Strategie Hitlers zum erhofften Ergebnis geführt, so wäre es weder am 20. Juli 1944 noch später zu einem Attentat durch von Stauffenberg gekommen.

Wann wurde je an einem 8. November des Georg Elser gedacht? Dieser war kein Kommis, sondern Arbeiter. Auch er verübte ein Attentat auf Hitler, dies allerdings nicht erst, als das Ende der NS-Diktatur absehbar war, sondern 1939, zwei Monate nach dem

deutschen Überfall Polens, zwei Jahre vor Beginn des Holocaust.

Seit der 1933 erfolgten Machtübernahme durch die NSDAP sprach Hitler alljährlich am Abend des 8. November im Münchner 'Bürgerbräukeller', um an seinen 1923 unternommenen Versuch zu erinnern, gegen die Regierungen des Reiches sowie Bayerns zu putzen.

Diese Zeremonie, der unter anderen Himmler und Goebbels beiwohnten, wollte Georg Elser 1939 nutzen, um durch ein Bombenattentat Hitler und seine Gefolgsleute zu töten und so eine Ausweitung des Krieges zu verhindern.

Wesentlich früher als in den Jahren zuvor verließ Hitler an jenem 8. November 1939 den 'Bürgerbräukeller'. Etwa 10 Minuten später explodierte die von Georg Elser geschaltete Bombe, die sich an einer Säule, unmittelbar hinter dem von Hitler genutzten Rednerpult, befand. Bedingt durch die Detonation stürzte die gesamte Saaldecke herab und begrub 8 Tote und 63 Verletzte unter sich.

Anders als dem Generalstabsoffizier von Stauffenberg, ist dem Arbeiter Georg Elser jegliches offizielle Gedenken versagt geblieben. Dies wirft ein Licht weniger auf den Attentäter als auf jene Bundesrepublik Deutschland, die sein Eintreten für Frieden und Demokratie nicht zur Kenntnis nehmen mag.

Da sich das mutige Handeln des Georg Elser jedoch nicht ganz totschweigen läßt, soll nun wohl versucht werden, es totzureden. Lothar Fritze, Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. Dresden, erklärte jüngst in einer Radiosendung von WDR III, die "Art und Weise der Tatausführung" Georg Elsters sei "moralisch nicht zu rechtfertigen", da sich unter den Opfern seines Attentats eine unschuldige Kellnerin des 'Bürgerbräukellers' befand.

Nach dem von Ernst Nolte provozierten Historikerstreit der Jahre 1986/87, der Kontroverse zwischen Bubis und Walser bezüglich dessen Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1999 – der Preisträger äusserte, der Holocaust werde als "jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel" instrumentalisiert – ist die von Fritze vertretene Position ein erneuter geschichtsrevisionistischer Versuch, um einer 'neuen positiven nationalen Identität' willen den deutschen Faschismus zu relativieren.

Wären unter den Opfern des Bombenanschlags auch Hitler und die übrige NS-Prominenz gewesen, so hätte das Attentat möglicherweise das Leben von 60 Millionen Menschen gerettet, die nach dem missglückten Attentat noch Opfer des faschistischen Deutschlands werden sollten.

Warum, so könnte man fragen, wenn man die Antwort nicht längst wüsste, klagen die an einer 'neuen positiven nationalen Identität' interessierten Herren um Fritze den Hitler-Attentäter Elser an, dessen Handeln sei "moralisch nicht zu rechtfertigen", da er den Tod einer Kellnerin "in Kauf genommen" habe, schwiegen aber angesichts des NATO-Angriffskriegs gegen Jugoslawien, dessen in die Tausende gehende unbeteiligten zivile Opfer vom rot-grünen "Kriegskabinett". (Süddeutsche Zeitung) als Nebeneffekte, zu "Kollateralschäden", heruntergespielt wurden.

Viele an diesem Krieg beteiligte Militärs, die tausendfache "Kollateralschäden" zu verantworten haben, glauben, auf ihnen im Anschluss verliehene "Orden und Geklunker" (Kurt Tucholsky) stolz sein zu dürfen. Georg Elser aber, dessen "Kollateralschaden" – eine Kellnerin – "moralisch nicht zu rechtfertigen" war, wurde am 9. April 1945 im KZ Dachau durch Genickschuß ermordet.

Die Solinger Antifaschistinnen und Antifaschisten sollten den 9. April zu einem Gedenktag des Arbeiters Georg Elser erklären. Dieser mutige Mann hätte unser Gedenken verdient.





Anti-Kissel
Demo anno
Dazumal
mit noch
jugendhaftem
Redaktions-
mitglied.

Der 84jährige Bauunternehmer Günther Kissel wurde jüngst wieder für fünf Jahre zum Obermeister der Solinger Bauinnung gewählt. Offensichtlich will der steinreiche und unverbesserliche Auschwitzzeugner, Volksverhetzer und rechtsextremistische Drahtzieher noch mit 89 Jahren die 82 Innungsbetriebe mit etwa tausend Mitarbeitern und einem Umsatz von 180 Millionen Mark anführen.

Noch im vorigen Jahr hatte Kissel Junior die Grünen gebeten, ihre negative Haltung gegenüber den "Kissel-Firmen" aufzugeben, all-dieweil er anstelle seines Vaters jetzt die Firma leite. Ein Blick ins Handelsregister ergab jedoch, daß "der Alte" nach wie vor die Fäden in den Händen hielt, so daß die Grünen keinen Anlaß sahen, ihre alte Position, z.B. der Nichtzustimmung bei städtischen Auftragsvergaben an die Firma Kissel, zu verändern.

Günther Kissel und seine Erben

Seite 13

Wenige Monate später kapitulierte Gunnar Kissel vor seinem Übervater und verließ die Firma wieder. Dass sein Vater als 84jähriger alle Fäden in der Hand behalten wolle, habe zu Konflikten geführt.

Ziehkind A. O. Koch

Ein anderer, zumindest geistiger Erbe des "ehrenwerten Bürgers Kissel", ist dafür seit der letzten Kommunalwahl im September groß herausgekommen. Andreas-Oliver Koch ("Mein Vorbild ist Generalfeldmarschall Rommel") macht seinem politischen Ziehvater alle Ehre als Fraktionsvorsitzender der CDU. Sein Haß gegen Linke, Ausländer und Minderheiten sei dem jungen "Wilden" der CDU als ständiger Gast im Hause der Familie Kissel eingetrichtert worden, behaupteten Insider des Solinger Klüngels jüngst gegenüber der tacheles. Vor diesem Hintergrund sei auch der Mittelentzug für SOS Rassismus zu verstehen. Der Verein zur Völkerverständigung hatte es verschiedene Male gewagt, Günther Kissels rassistische Aktivitäten zu kritisieren.

Solinger PDS gegründet

Am 27.02.2000 gründete sich in Solingen eine PDS-Kreisorganisation. Als gleichberechtigte Sprecher wurden Marc Scheffels und Dietrich Knappertsbusch gewählt. Die demokratischen Sozialisten wollen zu einer wählbaren Alternative auch in der Solinger Parteienlandschaft werden. Meinungsvielfalt innerhalb der Kreisorganisation wurde als wesentliches Grundgerüst für die zukünftige politische Arbeit definiert. Die PDS trifft sich regelmäßig im Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3.

**Ohne Kultur ist in Solingen nix los...
...ohne Werbung auch nicht!**

City Billboard GmbH
Werbeagentur
Ronsdorfer Str. 74
40233 Düsseldorf
Fn 0211 7334434
Fx 0211 7332811

Karl Bennert *Seite 14*

Der im Februar d. J. im Alter von 87 Jahren verstorbene aufrechte Mahner und Kämpfer wider das Vergessen, das Verharmlosen und Verdrängen der Zeit der faschistischen Schreckensherrschaft und des Krieges wird vielen Menschen fehlen, die Krieg und Faschismus ächten, die gegen Krieg, Verständigung und Solidarität eintreten.

1933 mehrfach verhaftet, konnte er sich – nach langer Haft – als ‚Wehrunwürdiger‘ der Rekrutierung durch die faschistische Wehrmacht entziehen. Im Kriege organisierte er mit seinen Gefährten A. Borgermans, Arth. Dillenberg, den Brüdern Rauh u. a. in Wald eine antifaschistische Widerstandsgruppe, welche u. a. im Radio ‚Feindsender‘ abhörte und mit dem so gewonnenen Wissen gegen die offizielle Kriegspropaganda die Mitmenschen aufklärte. Die Beschaffung von Waffen sowie im April 1945 das Hissen weißer Fahnen in den Walder Straßen und am Turm der evangelischen Kirche war für die Beteiligten lebensgefährlich. Es gelang jedoch – gegen den Terror motorisierter SS-Streifen – die

kampflose Besetzung des Stadtteils Wald zu erreichen und damit sinnlose Kämpfe mit Zerstörungen und Opfern zu verhindern.

Durch Karl Bennert wurde im April 1945 die Ermordung von 71 Häftlingen durch die Gestapo in der Wenzelnberg-Schlucht bei Solingen-Landwehr aufgedeckt und bekannt.

Nach dem Kriege setzte er sich als Stadtverordneter der KPD für den demokratischen Wiederaufbau Solingens ein. Seine Beteiligung beim Kampf gegen die Remilitarisierung und die Atombewaffnung in den Reihen der im Kalten Krieg wieder verbotenen KPD führte 1961 erneut zu seiner Verhaftung und Verurteilung durch die Adenauer-Justiz.

Bis in sein hohes Alter wurde er nicht müde, getreu dem Schwur der befreiten KZ-Gefangenen von Buchenwald ‚Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!‘ zu handeln. Karl war ein geachteter und gefragter Ansprechpartner in der Solinger Friedensbewegung. So



zögerte er nicht, noch im vergangenen Jahr in einer bewegenden Ansprache in der Solinger Innenstadt gegen die Nato-Aggression in Jugoslawien zum Frieden aufzurufen.

Willi Gottfried

Solingen

Breaking down the Ghettos

HipHop Projekt

© Jugendförderung der Stadt Solingen
Burgstr. 101, 42655 Solingen
Fon 290 - 27 60, Fax 290 - 27 64
e-mail Jugendfoerderung@solingen.de

the Ghettos

Stadtwerkeverkauf durch die Hintertür

Interview mit dem Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Manfred Krause

tacheles: Der von CDU und FDP betriebene (Teil-)Verkauf der Stadtwerke wurde am 4. April hinter verschlossenen Türen eingeleitet?

Manfred Krause: Stimmt. Da CDU und FDP im Aufsichtsrat keine Mehrheit dafür hatten, wurde hier einfach die in der Gesellschafterversammlung für eine solche grundlegende Entscheidung vorgesehene Dreiviertelmehrheit umgangen. Ich frage mich, wofür wir noch Satzungen und Gesellschaftsverträge brauchen, wenn CDU und FDP sowieso machen was sie wollen, um frisches Geld für ihre großen wahnwitzigen Straßenbauvorhaben flüssig zu machen.

tacheles: Aber der Betriebsrat und die ÖTV haben scheinbar seitdem ihren grundsätzlichen Widerstand schon aufgegeben?

Manfred Krause: Offensichtlich hat es eine Zusage für den Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze gegeben. Nur, jeder weiß, was von solchen Versprechungen zu halten ist. Die willkürliche Außerkraftsetzung des Gesellschaftsvertrages zeigt ja schon, wie mit solchen Vereinbarungen umgegangen wird. Au-

Bßerdem geht es ja auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen für zukünftige Generationen. Allein deshalb darf ein erfolgreicher Betrieb wie die Stadtwerke nicht verkauft werden.

tacheles: Es wird aber behauptet, daß die Stadtwerke ohne einen strategischen Partner und ohne (Teil-)Verkauf im liberalisierten Strommarkt nicht überlebensfähig sein würden.

Manfred Krause: Die seit zwei Jahren von interessierter Seite eifrig geforderte Fusions- und Übernahmewelle ist ausgeblieben. Stadtwerke wie Solingen, die sich von zwanzigjährigen Knebelverträgen, mit dem RWE zum Beispiel, befreien und horizontale Kooperationen mit Stadtwerken in vergleichbarer Interessenslage eingegangen sind, profitieren vom liberalisierten Strommarkt. Entgegen allen Unkenrufen gibt es in Deutschland zahlreiche Versuche von Stadtwerken zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit. Das geht vom gemeinsamen Stromeinkauf bis hin zur gemeinsamen Erledigung von Handels- und Börsengeschäften, was von einem Stadtwerk in der Größenordnung von Solingen nicht

bis 1998 für rund 12 bis 13 Pfennig die Kilowattstunde den Strom beim RWE einkaufen mußten, binnen zweier Jahre eine Ersparnis im Stromeinkauf von über 50 Millionen DM jährlich erreicht. 1999 konnten die Stadtwerke erstmals über die Konzessionsabgabe etwa 23 Millionen Mark an die Mutter Stadt abgeben. Der CDU-Stadtkämmerer, für den dieser Rekordgewinn ein warmer Regen war, hatte vorher noch vor einem Wechsel des Stromlieferanten gewarnt. Das käme einer Kriegserklärung an die RWE gleich.

tacheles: Aber die Stadtwerke haben Stromkunden verloren.

Manfred Krause: Bisher sind das 0,5 bis 1 Prozent der Kunden. Die Marktforschung sagt, daß die Zahl der wechselbereiten Kunden weit unter 10 Prozent liegen würde. Aber die Monopolstellung von Stadtwerken als Netzbetreiber wird auch bei der neuen Gesetzeslage bestehen bleiben. Die Erwirtschaftung von Gewinnen aus der Durchleitung von Strom ist damit kaum gefährdet. Die Wertschöpfung im Bereich Netz und Markt - bei Tarifkunden - ist eben insgesamt viel größer als im Bereich der Erzeugung. Da die Durchleitungsentgelte gesichert sind, fällt die gegebene und mittelfristig voraussehbare Zahl der zu anderen Anbietern wechselnden Kunden kaum ins Gewicht.

tacheles: Wenn die Großhandelspreise für Strom kräftig unter 5 Pfennig rutschten, dann müßte sich das doch in dieser angeblich so freien Marktwirtschaft erheblich auf den Preis auswirken.

Manfred Krause: Von den Preissenkungen hat bislang vor allem die Industrie mit Rückgängen von 25 bis 35 Prozent profitiert, während für die Haushaltskunden der Strom lediglich um rund 10 Prozent billiger geworden ist.

Interviewer: Frank Knoche



Restaurant KILIM

TÄGLICH FRISCH !

- > GÜNSTIGE TAGESGERICHTE <
- > VORSPEISEN <
- > PIDE, LAMACUN <
- > GRILL SPEZIALITÄTEN <
- > TÜRKISCHE EINTOPFGERICHTE <
- > PIZZA <

ALLE GERICHTE AUCH ZUM MITNEHMEN!!

KONRAD ADENAUER STR. 21

0212 - 20 20 78

TÄGLICH VON 10 - 1 UHR



McSolingen – endlich Großstadt

Lang ist's nicht her, da eröffnete McDonalds in Solingen die Filialen Nummer zwei und drei. Nach der Innenstadt leuchtet uns das grell-gelbe M nun auch in Wald und Ohligs den Weg in die schöne neue Welt uniformen Konsums und grenzenloser Verschwendung.

Bundesweit rennen täglich etwa 1,9 Millionen Menschen, das sind mehr als Hamburg Einwohner hat, in die über 1000 Zweigstellen des US-Multis, um sich von schlecht bezahlten Angestellten mit minderwertigen Plastik-Burgern bedienen zu lassen.

„Das erste was du verkaufen musst, bist du selbst“ lautet die Botschaft des Konzerngründers Roy Kroc an seine Angestellten.

Die Massenarbeitslosigkeit passt hier bestens ins Kalkül, da immer mehr Menschen darauf angewiesen sind, jeden Job, der sich anbietet, anzunehmen. So werden die Löhne niedrig und die Arbeitsbedingungen miserabel gehalten. Dadurch, dass in der Regel so wenig Personal wie eben nur möglich eingestellt wird, ist der Arbeitsablauf hektisch und Unfälle, wie z.B. Verbrennungen, sind entsprechend häufig.

Die miese Behandlung der Angestellten hat nicht zuletzt den Zweck, die Fluktuation auf möglichst hohem Niveau zu halten, damit gewerkschaftliches Engagement gar nicht erst möglich wird. Zudem stellt man ohnehin mit Vorliebe SchülerInnen ein, da jene arbeitsrechtlich unerfahren, leicht rauszuschmeißen und besonders motiviert sind, Geld zu verdienen, um sich selbst ein Stück der bunten Konsumwelt leisten zu können.



Düstere Aussichten: Der Regenwald heute und in der Zukunft

Montage: rogas

MC-d2

„McJob“ ist längst zum Synonym für amerikanische Verhältnisse geworden, wo Menschen darauf angewiesen sind, anstelle eines vernünftigen, mehrere Billigjobs anzunehmen, um überleben zu können. Dennoch verweist die wirtschaftsliberale Front unermüdlich, vom IHK-Provinzler bis zum Jungliberalen, unter Tränen des Neids, auf das deregulierte Paradies jenseits des großen Teiches.

In Lateinamerika werden Kleinbauern von ihrem fruchtbaren Land vertrieben, um für die Sojaproduktion der Großbauern Platz zu machen. Das dort produzierte Soja landet größtenteils in europäischen Viehtrögen. Die Kleinbauern sind dann gezwungen, auf Regenwaldgebiet auszuweichen und dessen Abholzung voranzutreiben.

Diese Form der Verschwendung von Ressourcen ist besonders pervers, wenn man bedenkt, dass Firmen wie McDonalds zur „Produktion“ eines Kilo Fleisches zehn Kilo Soja benötigen, die dort angebaut werden wo Menschen verhungern, aber hierhin geflogen werden, damit wir die Freiheit haben, überflüssige und minderwertige Produkte zu konsumieren. Ein Drittel der Weltgetreideernte landet in den Mägen der Vierbeiner, was deutlich macht, dass das Welthungerproblem eine Frage der Verteilung ist, und unser System, das sich eben nur durch jene Verschwendung am Leben erhält, Mitschuld am Welthunger trägt.

Frei nach dem Motto: „Brot für die Welt, den Überfluss für mich.“

Die Tiere selbst werden in der Regel in Massentierhaltung gehalten, um den reibungslosen Nachschub von industriellen Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Das Dahinsiechen von Lebewesen unter unwürdigsten Bedingungen stört die Wenigsten, solange man selbst von den kleinen Bumerangs wie BSE etc. nicht betroffen ist. Dass Fleisch ohnehin Mord ist, juckt auch nicht. Solange es schmeckt...

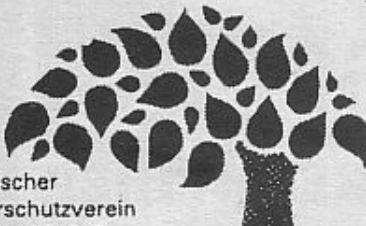
Die Anstiftung zum Konsum beinhaltet in der Regel auch Anstiftung zum Vermüllen unserer Städte. Etwa 15.000 Tonnen wiegt der jährliche Müllberg allein in Deutschland. Das sind in Solingen somit rund 45.000 Kilo Müll, die Jahr für Jahr auf der Halde sowie unseren Straßen und Gehwegen landen.

Neben dem äußeren Erscheinungsbild unserer Stadt verändert McDonalds auch die Strukturen selbst. Durch mediale Omnipräsenz und aggressives Marketing, für das weltweit jährlich etwa zwei Milliarden US-Dollar ausgegeben werden, findet eine Verdrängung von kleineren, familiären Imbissbetrieben statt, die es sich nicht leisten können, Fussballturniere auszutragen und ihre Logos in Computerspielen unterzubringen. So erdrückt die Monopolstellung des Konzerns, dessen Umsatz in Deutschland 4,23 Milliarden Mark beträgt, langsam aber sicher die Konkurrenz.

Konzerne wie McDonalds sind eine Ge-

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern



Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642

RBN



fahr für unsere Vielfalt an Gastronomiebetrieben verschiedenster Herkunft. Noch haben wir ein Nebeneinander von asiatischer, italienischer, griechischer, türkischer, libanesischer, irischer, jugoslawischer, portugiesischer und vieler weiterer Küchen.

Doch McDonalds versucht bereits durch Aktionen wie „LosWochos“ oder „AsienWochen“ jene Vielfalt aufzusaugen, als genormten Burger wieder auszuspucken und dadurch die Vormachtstellung am Markt weiter auszubauen.

Letztendlich bleibt zu hoffen, dass die fast-food-Multis die kleinen Gastronomiebetriebe nicht weiterhin so verdrängen, wie es der Supermarkt mit den Tante-Emma-Läden gemacht hat.

Doch in einer Gegenwart, wo Spekulation, Fusionen und „jobless growth“ die Tagesordnung bestimmen und politisch nicht gesteuert wird, sieht's schlecht aus.

Wer deshalb Mc Donalds boykottiert, hat unser vollstes Verständnis.

Allerdings haben uns Globalisierungsgegner in Davos und London gezeigt, dass auch McDonalds' Fensterscheiben nur aus Glas und damit zerbrechlich sind, und Scherben bringen ja bekanntlich Glück... **Michael**

Gletscher verliert täglich 35 Meter

Treibhauseffekt? Wo denn? Der Wasserstand der Meere ist im vergangenen Jahrhundert um 10 bis 25 Zentimeter gestiegen, aber niemand hat es wirklich gemerkt. Gewaltige Veränderungen wie das Abschmelzen der globalen Eiskontinente gehen eben langsam und unmerklich vor sich. Dachten wir. Doch in Alaska kann man die Klimaveränderung täglich betrachten: Das Eis des Columbia-Gletschers an der Südküste des Staats zieht sich um 35 Meter zurück - *an jedem Tag*. Besucher können also mit eigenen Augen sehen, wie im Schnitt jede Stunde 1,5 Meter Eis wegschmelzen.

Und es gibt noch weitere Vorboten: Der

Eispanzer auf Grönland hat im Süden und Osten in den letzten Jahren mehr als einen Meter an Dicke verloren. Die Gletscher in den Alpen haben sich in den letzten 150 Jahren halbiert.

Nach Forschungsergebnissen des Worldwatch Instituts in Washington schmilzt das Eis der Erde schneller und an mehr Stellen als jemals zuvor, seit Daten gesammelt werden. Die 90er Jahre waren demnach das wärmste Jahrzehnt seit Beginn der Temperaturmessungen. Hauptschuldner der Klimaveränderungen ist der Mensch, der durch den Ausstoß von Klimagasen wie Kohlendioxid den Treibhauseffekt verstärkt.

Ernie

Gewitter über Burg Hohenscheid





Die Parteien vor und nach der Wahl auf Schmusekurs: Es haben sich zwei sympathisierende Pärchen gebildet,

Fotos (4): Rataplan

Wahlwerbung-auf der vergeblichen Suche nach Niveau

"8%. NRW braucht Tempo. Möllemann." Was wollte uns Möllemann damit wohl sagen? Meinte er die Zahl seiner noch intakten Gehirnzellen oder seinen ständigen Alkohol-Pegel? Das Tempo seines geistigen Zerfalls? Anders ist seine Wahlkampagne kaum zu erklären. "Wenn Sie mehr leisten als andere, warum wählen Sie dann, was andere wählen?" Stellt sich die Frage, wer denn für Möllemann die Leistungsträger dieser Gesellschaft sind. Sind es die Kranken- und AltenpflegerInnen, die FabrikarbeiterInnen, die alleinerziehenden Mütter und Väter, die MüllarbeiterInnen etc etc? Oder sind es die Fonds- und Fusionsmanager, die Spekulanten, die Globalisierungsstrategen, die Verwalter von ererbten Vermögen etc etc? Und warum sollten diese Leute ausgerechnet Möllemann wählen, dessen größte Leistung bisher darin besteht, als Wirtschaftsminister zurücktreten zu müssen? Klar, dass Möllemann als liberaler auch freie Fahrt für freie Bürger fordert. "Wie soll Ihre Frau vernünftig Auto fahren, wenn sie dauernd im Stau steht?" Möllemann wählen, dann klappt das auch mit dem Autofahren!



Leistung bisher darin besteht, als Wirtschaftsminister zurücktreten zu müssen? Klar, dass Möllemann als liberaler auch freie Fahrt für freie Bürger fordert. "Wie soll Ihre Frau vernünftig Auto fahren, wenn sie dauernd im Stau steht?" Möllemann wählen, dann klappt das auch mit dem Autofahren!

"Neue Leute braucht das Land!" forderte Rüttgers, schob sein Kinn vor und blickte uns zusammen mit Merkel und Merz vom Plakat an. Neue Leute; aber was hat dann ausgerechnet der alte Zopf Rüttgers aus der Regierung Kohl auf diesem Plakat zu



suchen? Als ehemaliger Zukunftsminister mitverantwortlich für die Bildungsmisere, leugnete er konsequent seine Verantwortung und kopierte mangels eigener Kreativität den ausländerfeindlichen Wahlkampf der Hessen-CDU. Geschickt verknüpfte er beides mit dem Spruch "Kinder statt Inder". Klasse fanden das nur die Kollegen von den Republikanern. "Freie Fahrt statt Dauerstau!" Richtig, Herr Rüttgers. Ihr Auto fährt auch ohne Wald.

Die Grünen haben auch schon mutigere Wahlkämpfe geführt. "Ich will einen Job mit Zukunft," "Ich will Kind und Karriere". "Die Schadstoffe sollen sich vom Acker machen", "Busse und Bahnen könnten ruhig öfter fahren", steht dort unter anderem auf den Plakaten. Das hört sich gar nicht so unvernünftig an, aber wo bleiben die ehemals zentralen Inhalte grüner Politik? Was ist mit Atomausstieg, Klimakatastrophe und Friedenspolitik? Leider haben die Grünen ausgerechnet hier ein Glaubwürdigkeitsproblem. Doch statt es offensiv zu diskutieren, wird es einfach ausgesessen. Wenigstens fordern sie nicht auch noch freie Fahrt für freie Bürger.

"Weil er es kann, weil er weiß was Arbeit ist" und "weil er Charakter hat" empfahl die SPD Herrn Clement. Angesichts des schwachen poli-



**nur die Grünen
stehen mal
wieder etwas
abseits und
bleiben unter
sich!**

Wenn Sie mehr leisten als andere, warum wählen Sie dann, was andere wählen?

NRW braucht Tempo. Mölleman



Skandal ums Urinal

Empörung im Rathaus, bei CDU und FDP. Nach der Demonstration des Jugendstadtrates gegen die geplante Verschärfung der Straßenordnung wurde ein Urinal aus der

Wand gerissen. Der unbekannte Pinkel-Vandalist ist flüchtig, hat aber angeblich ein Bekenntschreiben hinterlassen, welches auf ein Kommando des Jugendparlamentes schließen läßt. Damit die braven Bürger auch schwarz auf weiß sehen was passiert, wenn sich unreif-grüne Jugendliche in die Politik einmischen, veröffentlichte das Tageblatt sogar ein Foto des demolierten Urinal. Eine journalistische Spitzenleistung! Für nicht interessant hält das ST jedoch einen noch viel größeren und teureren Urinal-Skandal im Rathaus. Weil dem neuen OB der Weg zum Klo des alten Oberbürgermeister zu weit ist, soll jetzt in der Nähe seines Büros ein neues WC, für ihn ganz persönlich, eingerichtet werden. Unser Franz braucht das. Seine besten Ideen hat er eben auf dem Sch...haus, verlautet es aus seinem Umfeld heraus. Im Gegensatz zum Urinal-Skandal wird dem Steuerzahler das OB-WC richtig teuer werden. Da ist es schon keine Geschmackssache mehr, sich über Peanuts groß auf zu regen und zu den exklusiven Notdurftbedürfnissen von mehr Franz sich auszuschweigen.

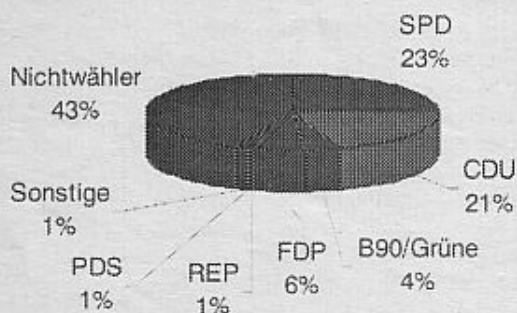
Aber eben, bei der CDU wurde schon immer mit zweierlei Maß gemessen. Dem Alkoholkranken will man das Biertrinken im öffentlichen Raum verbieten. Die Jungen Wilden der CDU-Ratsfraktion finden es jedoch völlig normal, während der Ratssitzung dicke Gyros Teller aus der Pommestube zu verputzen. Wer gegen die CDU Politik aufmüpft, der wird gemoppt und finanziell ruiniert, die eigenen Leute bedient man jedoch mit hochdotierten Pöstchen. Aggressives Betteln auf der Straße wollen ausgerechnet diejenigen verbieten, die sich mit Millionenspenden der Wirtschaft über Schwarze Kassen finanzieren.

Im übrigen: Wer weiß denn ob die Wilden in der CDU nicht das Urinal selbst demoliert haben. Schließlich waren sie doch ziemlich sauer darüber, daß ihr Franz (nicht immer, aber immer öfter) anderer Meinung war und sich gegen eine Verschärfung der Straßenordnung aussprach. Zu zu trauen wären denen das. Schließlich haben die ja schonmal, verkleidet als PDS'ler den agent provocateur gespielt.

Frank Knoche

tischen Gegners lag ein solcher Personenkult nahe. Weil es im Bundestagswahlkampf funktioniert hat, machte die NRW-SPD den Spagat zwischen sozialdemokratischen Traditionen und Neoliberalismus. Wie weit dabei die Beine auseinander müssen wurde jedoch nicht deutlich gemacht. Auch die Solinger SPD-Kandidaten wollten das Thema Verkehrspolitik nicht unbesetzt lassen. Dabei warfen sie das Konzept der letzten Jahre kurzerhand über Bord und forderten das Autobahnkreuz Ohligser Heide.

Wer sich von Werbeagenturen vermarkten läßt wie Slip-einlagen und Hackle Feucht, darf sich über sein Produktprofil nicht wundern. Schlimmer noch ist es, wenn die eigenen Äußerungen noch dümmer sind als die Schlagworte der Werbetexter.



**So sähe das Landtagswahlergebnis aus,
wenn es die Partei der Nichtwähler gäbe**

Katholiken sind kriminell und gewalttätig!

"Nach Untersuchungen des Landeskriminalamtes Bayern wurde eindeutig nachgewiesen, daß 78,74 % aller bayerischen Straftäter Katholiken sind. Allein diese Zahl macht deutlich, daß der dramatische Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren nicht unabhängig vom Katholikenproblem betrachtet werden darf. Noch stellen die Katholiken in unserem NRW eine Minderheit dar, aber allein in der Zeit von 1961 bis 1987 hat sich diese Zahl um mehr als 22 % erhöht! ... Nach wie vor stehen eine Vielzahl der katholischen Rituale im eklatanten Widerspruch zu unserem Grundgesetz. Hierzu nur zwei Beispiele: Während das Grundgesetz Ehe und Familie unter einen besonderen Schutz der Gemeinschaft stellt, verbietet die katholische Kirche ihren Priestern die Eheschließung und Familiengründung. Während nach dem Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist es Frauen in der katholischen Kirche verboten, Priesterin zu werden. ... Die Katholiken haben ihren eigenen Staat. Eine Heimat, in der sie nicht unterdrückt und verfolgt werden. Wenn sie zu uns kommen, so geschieht das in der Regel nur aus wirtschaftlichen Gründen, obwohl der Vatikan das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt hat. Müssen wir am Ende alle 900 Millionen Katholiken der Erde bei uns aufnehmen? Wollen Sie zur Minderheit im eigenen Land werden?"

Aus einem (satirischen) Flugblatt gegen die rassistische Hetze von Koch und Rüttgers.

Die Deutschmark-Kolonien

Die D-Mark ist mittlerweile Hauptwährung im Kosovo, gleichberechtigtes Zahlungsmittel in Montenegro und Bosnien, daneben haben Bulgarien, Litauen und Estland ihr eigenes Geld über ein sogenanntes Currency Board fest an die D-Mark gebunden. Wenn diese Deutschmark-Kolonien im Jahre 2002 mit der überseeischen Franc-Zone verschmelzen, wird der Euro kaum weniger Länder dominieren als das bisherige Weltgeld Dollar – eine echte Kampfansage.

Jürgen Elsässer in KONKRET 2/2000

Joschka Fischer Superstar

Ende eines Laufes: Top-Manager des Imperiums

Es grünt so grün: Peace!

Joschkas Auftritte Anfang /Mitte der 90er Jahre waren der Hit – auf die Dauer konnte dies keine Seite mehr leugnen -, die zu großer Form auflaufende grüne Galionsfigur erwies sich als Naturtalent im Umgang mit den Medien und hochintelligenter Strategie der Selbstinszenierung. Wer ausser Joschka hätte so viel Gelegenheit bekommen und auch genutzt, das deutsche TV-Volk todernst zu ermahnen und zu warnen, sich nie wieder an Kriegen

spielen lassen? Soweit Mitesser in spe deftige Speisen nicht mit Messer und Gabel essen wollten, trieben CDU/CSU/FDP schon zu Kohls Zeiten solche Mätzchen fast allen unsicheren Kantonisten in SPD und Grünen zugleich aus, und dann war auch Ruhe im Karton. Das hat zwar ein paar Jahre gebraucht, aber die vergingen bei den kleinlaut gewordenen ehemaligen Friedensaktivisten nicht ungenutzt; es war die Zeit des „Weiterdenkens“, jetzt bereits in Gestalt neoliberaler Heilsvisionen.

Ideologiefetzen, die dem Profitsystem vorwerfen, seine schädlichen Wirkungen seien auf die Hindernisse zurückzuführen, die der Erzielung des Profits entgegenstünden, prägten dann auf einmal auch die Publikationen der Grünen. Die "Dienstleistungsgesellschaft" von heute müsse sich nur der "globalen" Herausforderung stellen, dann gehe es einem schutzbedürftigen Patienten namens "Standort Deutschland" wieder besser – die "Lohnnebenkosten" hätten ihn müde gemacht, also weg mit dem Speck, „schlank“ müsse der Staat werden, Widerstand sei zwecklos. Am Ende lautete der neugefundene Konsens von schwarz bis grün: Der Standort Deutschland brauche eine „Frischzellenkur“, ansonsten müsse man auf die Selbstheilungskräfte des Markts vertrauen, hierzu gebe es keine „Alternative“. Daß die Bewegung für Frieden und Ökologie, die ein kaum mehr für möglich gehaltenes Widerstandspotential gegen staatliche Macht entfaltet hatte, sich derart locker befrieden, gängeln und für den stinknormalen Gang der Geschäfte vereinnahmen lassen könnte, hätten die herrschenden Profiteure selbst nicht gedacht!

Und wieder mal hatte Joschka die Nase vorn. Auch in der medialen Versinnbildlichung des „schlanken“ Staates konnte ihm niemand das Wasser reichen, denn prompt hat Bürger Joschka bei seinem eigenen Schmerbauch angefangen. Fast als ob er sich den de-Niro-mäßig eigens für diese Show angefressen hätte. Und noch bevor der designierte Außenminister im italienischen Zwirn gertenschlank vor der Nation stand, hatten die Meinungsmacher in den Medien längst das Signal verstanden, dass es diesem Mann darum zu tun war, seine gesamte persönliche Individualität für das politische Machtspiel zu modellieren. Natürlich auch für die Gesamtsumme aller Häutungen und Kniefälle der Grünen, die er ins Rollen gebracht hatte, um in die politischen Machtzentralen zu gelangen, hatte Joschka die beste aller möglichen Sprachregelungen: „Der lange Lauf zu mir selbst“. Die Zweifel an der „Regierungsfähigkeit“ der Grünen, die jahrelang durch die Medien gegeistert waren, waren auf geniale Weise widerlegt. Mit diesem

keine
Anzeige

Bestattungen

WILZO e.K.

Tel: 02166-8 88 88

Tag und Nacht

Erd- und
Feuerbestattungen
mit Öko-Särgen

Sterbevorsorgeberatung
Erledigung aller Formalitäten

Ohlerfeldstr. 97

41096 Mönchengladbach

Wenigstens die Bestattung
klappt noch ökologisch!

(entnommen aus der April-Ausgabe der
Zeitung der Landesgrünen)

jenseits deutscher Grenzen zu beteiligen? 1000mal zu Jugoslawien befragt, sagte er 1000mal: Krieg? Da? Um Gottes willen, denkt an Hitler - wir haben da nichts zu suchen. Für seine neue Rolle hatte Joschka die Parlaments- und Talkshowturnschuhe an den Nagel gehängt. In jener Zeit stets fernsehgerecht wie ein Laienpriester gekleidet, stilisierte er sich peu à peu zum besseren Gewissen der Nation, und bejubelt von Umwelt- und Friedensbewegten aller Couleur, war er der Repräsentant parteigrünen Selbstbewußtseins, dessen Vision und Mission es sei, den Idealen der Friedensbewegung in der „Realpolitik“ Geltung zu verschaffen.

Doch die vorlauten Pazifisten, stolz auf ihre neu gewonnenen Zipfel der Macht, hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht, noch bevor sie am Tisch der Macht Platz nehmen durften: Mitregieren wollen, aber die Bundeswehr immer noch nicht auf dem Balkan mit-



(Teil 3)

Mann an der Spitze konnte Deutschland nichts falsch machen, wenn die Grünen „Regierungsverantwortung“ übernehmen würden.

Good Bye, Peace

„Eine grüne Aussenpolitik kann es nicht geben“, war das erste, was der zu Amt und Würden gekommene neue Aussenminister der Friedensbewegung ins Gebetbuch schrieb. Prägnanter hätte man das Abstandnehmen vom Friedensziel als Maßstab grüner Politik nicht verkünden können. Die angekündigte „Frischzellenkur“ erwies sich als ein Krieg, in dem es um die Kontrolle des Balkan, um den Erweis der Ohnmacht Rußlands und die exemplarische Installation westlicher Allmacht als neue weltweite „Friedensordnung“ ging. Und noch einmal erwies sich Joschka als der beste aller Verkäufer dieser Message: Er habe den Jugoslawien-Krieg nur mitangezettelt, damit er umso schneller beendet werden könne! Da hat die US-Führung aufgehört: Dieser Mann ist ein Glücksfall für den Imperialismus! Kein Wunder, daß die Kriegsstrategie, Rußland „mit ins Boot zu ziehen, um ihm NATO-Bedingungen zu diktieren, als „FISCHER-PLAN“ Furore machen durfte.

Kein Zweifel, der Traum weltweiter Allmacht des Westens inkl. Deutschlands „In-



teressen“ an Balkan, Kaukasus, Kaspischee und sibirischen Reichtümern sind bei Joschka bestens aufgehoben. Der braucht keine Partei mehr, die Amis werden ihm eh irgendwann einen Wahnsinnsposten zuschanzen. Doch die Grünen sind stehend k.o., ihre Identität zerbricht vor sich hin. Hätten sie und ihr smarter Außenminister sich konsequent dem Krieg verweigert, stünden sie heute wohl bei knapp 20 % der Wählerstimmen. So jedoch haben sie keine Chance zu irgendetwas - noch nicht mal, sich an die Macht zu klammern. Joschkas langer Lauf hat die Grünen in lichtjahreweite Entfernung zu sich selbst getrieben. Da strahlt der Möllemann! Wollen die Grünen noch irgendetwas von ihrem politischen Gebrauchswert retten, geht dies nur noch ohne ihren Superstar. Je schneller die Grünen dies erkennen und umsetzen, um so weniger schmerzlich wird ihr Fall.

Hans-Walter Müller

Kohl beleiht sein Häuschen

Zur Wiedergutmachung der Spendenaffäre will Bimbes-Kohl laut „Wirtschaftswoche“ auf sein Eigenheim in Oggersheim eine Hypothek aufnehmen. Laut Tageblatt (12.2.00) stehen dem armen Helmut allein 30 563 DM monatlich als Bruttoeinkommen aus Abgeordnetendiäten und -Pensionen zu. Kanther bekommt „nur“ 28 848 DM.

Deutschland AG

„Es gibt einen Aufsichtsratsklub; ich saß früher in 5 der 15 größten deutschen Unternehmen. Es ist zwar ein offizieller Klub, aber man sieht überall dieselben Leute, da sind die Einflüsse und Machtstellungen verwoben. Dieses Beziehungsnetz ist wie Öl, das das Getriebe reibungslos arbeiten lässt. Wenn Sie 200 Leute kennen, kennen Sie die Deutschland AG.“

Der Belgier Andre Leysen in der „Zeit“ vom 13.4.2000

Geh doch nach Bayern...

Als der scharfe Drogenspürhund der CDU, Ulrich Hohn in einer Diskussion zur Landtagswahl zum siebten Mal auf Statistiken verwies, wo im Gegensatz zu NRW Bayern besser abschneiden würde, platzte einem Zuhörer der Kragen. Er forderte den CDU-Kandidaten auf, doch nach Bayern zu gehen, wenn er meine, dort wäre alles so viel besser. Hintergrund: Dem Zwischenrufer wurde in früheren Zeiten des öfteren empfohlen, doch nach „Drüben“, in die DDR zu ziehen, wenn es ihm hier nicht gefallen würde.

Ausbeutung durch Liberalisierung

„Die Dritte Welt wird im Gegensatz zur Ersten seit dem 18. Jahrhundert zur Liberalisierung gezwungen. Nehmen Sie beispielsweise Indien und Großbritannien. Im 18. Jahrhundert war Indien einer der führenden Produzenten der Welt – unter anderen von Textilien. England führte damals hohe Zölle ein, um die eigene Textilindustrie vor dieser Konkurrenz zu schützen. Das Land setzte also auf den starken Staat und viel Protektion. Indien hingegen wurde zur Liberalisierung gezwungen.“

Noam Chomsky in der Zeit Nr. 16

Café Stadtgeflüster

das etwas andere Café

**Snacks Frühstück
Kuchen
Pfannokuchen
Griechisches Gebäck
und vieles mehr...**

...zu super Preisen!

Hauptstraße 9 · 42651 Solingen · Telefon 0212/10568

Öffnungszeiten:

Mo. bis Sa 7.30 Uhr bis 22.00 Uhr,
So. & Feiertags 10.00 bis 21.00 Uhr

Die tacheles geht nun endlich ins Netz *Life*



Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert



alfa Messebau
Augustinerstr. 18
42719 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten die sich über ein Jahr hingen, da sich niemand fähig oder berufen fühlte sich der Internetausgabe zu widmen, scheint die erste Ausgabe der **tacheles** im Netz nun in greifbarer Nähe. Unter der Adresse <http://home.wtal.de/tacheles-Solingen/> wird ab Juni die jeweils aktuelle Ausgabe und in naher Zukunft auch ein Archiv auf unserer Homepage erscheinen. Geplant sind weiterhin ein Leserbrief- und Diskussionsforum und die Verlinkung mit anderen Medien, die Verwirklichung hängt jedoch von eurer Mitarbeit ab, da die Redaktion die anfallende Arbeit kaum leisten kann.

Warum eigentlich?

Ziel ist die Präsenz auf hohem Niveau zu entwickeln und einen Beitrag zur Vernetzung von Initiativen, Betroffenen und Interessierten zu leisten. Dazu sind wir auf Resonanz und Mithilfe angewiesen. In den elektronischen Medien sind zur Zeit hauptsächlich extrem kommerzielle, reaktionäre oder neoliberale Interessen verbreitet (siehe Sol.Tagebl. u.ä.), die-

se Dominanz fataler und radikal marginaler Kräfte muss gebrochen werden! Eine offene Vernetzung zwecks unzensiertem Informationsfluss und offener Kommunikation ist angesichts gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen notwendig. Es gilt Kreativität, Geist und Kritikfähigkeit zu bündeln und den Widerstand aus der Defensive zu führen. Den Verwirrungs-, Unterdrückungs-, Verblödungsstrategien in Politik, Schule, elitärem Kulturbetrieb, Bürokratie und den kommerziellen Medien kann nur ein freier Zusammenschluss Einhalt gebieten, der sich neuen Herausforderungen zu stellen weiss. Ohne in den Chor der blinden Internet-Gläubigen einstimmen zu wollen, es sieht so aus, als wenn dieses Instrument der technisierten Entfremdung den Kommunikationsprozess der Machtzentren in Zukunft in immer größeren Maße bestimmen wird - dies zu ignorieren könnte sich als krasser Fehler herausstellen. Das die virtuelle Vernetzung durchaus konkrete Möglichkeiten zum Widerstand bietet, kann an den diversen Aktivitäten um die WTO-Konferenz in Seattle und diversen Foren im Netz abgelesen werden.

SJ

Wir haben es nötig!

25 DM für ein Jahr
tacheles frei Haus!
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 330 101 11
Konto 297 349 6300
Kontoinhaberin ist Pauline Ehl
Stichwort **tacheles**-Abo



Ö-punkte

Kommt Bewegung in die Politik?

fragen die Ö-Punkte in ihrem neuen Heft

Weltweite Aktions-Netzwerke sowie die wirkungsvollen Aktionen von London und Seattle im vergangenen Jahr haben den Blick auf neue Aktionsformen gelenkt. Sie stellen die in den 90er Jahren entstandenen politischen Strategien nachdrücklich in Frage. Sowohl linksradikal-verstaubte Demoblöcke und Kaderstrukturen als auch abgehobene und sich anbietende NGO-Strukturen erscheinen gegenüber den von unten organisierten Vernetzungs- und Aktionsformen z.B. der WTO-Proteste in Seattle wie erstarrte Gebilde ohne Ausstrahlung. Ihre Wirkung in der Öffentlichkeit ist gering. Polizei und Regierungen haben sich auf die immer wiederkehrenden Formen eingestellt und nur wenig neue Leute lassen sich gewinnen. Die Expo 2000 soll der breite Beginn von neuen Aktions- und Vernetzungsansätzen auch in Deutschland bzw. Mitteleuropa sein. Die „Ö-Punkte“ bieten dazu Hintergrundinformationen: Wie funktionieren solche Vernetzungsformen, welche Ziele haben sie, welche politischen Konzepte werden verfolgt? Viele politische Gruppen hoffen, durch eine druckvolle Aktion am 1.6. gegen die Expo-Eröffnung die politische Debatte dahin zu entwickeln, dass Aktionen nicht

Selbstzweck sind, sondern in Zukunft wieder tatsächlich in den politischen Alltag eingreifen, Normalität verändern können.

Ökostrom von unten

Ein zweites Schwerpunktthema der Ö-Punkte ist der Ökostrom. Gegen neoliberale Ökostrategien im Markt setzt die Kampagne „Ökostrom von unten“ eine Demokratisierung von Stromverbrauch und -erzeugung. In einigen Regionen soll es damit jetzt losgehen. Über das Konzept und die Möglichkeiten informieren Sonderseiten.

Zudem prägen die bewährten sonstigen Rubriken von Anti-Atom über Politik von unten bis Chemie und Verkehr das Heft. Viele Seiten voller Informationen, Debatten, Termine und Hintergrundtexte.

Das aktuelle Heft und alle bisher erschienenen Titel mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (5,- DM plus 2 DM Porto in Briefmarken für das erste, je 2 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion **Ö-Punkte**, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Bürgerfunk

Bürgerfunk-Programm

Bürgerfunk – täglich von 19.04 Uhr bis 20.00 Uhr und am Wochenende von 18.04 Uhr bis 20.00 Uhr auf den Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne / 99.95 MHz Kabel).

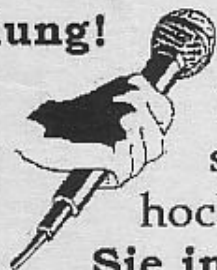
Bürgerfunk aus Remscheid und Solingen im Internet: <http://www.buergerfunk.bland.de>

Hier gibt es Informationen über DI Studios, Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-Modell, Sendungen in RealAudio und vieles mehr.

Änderungen des Programms sind aus technischen und sonstigen Gründen manchmal möglich.

- 01.06. Donnerstag Radio Kraftstation
- 03.06. 19 h Rückblende Sendung des Krankenhausfunks
- 04.06. 18 h Studio Bergisch Land
- 04.06. 19 h Full House ev. Jugendmagazin
- 05.06. Night Storm harter Rock aus dem Gewerkschaftsstudio
- 06.06. Radiostammtisch Solingen
- 07.06. Radio Multi-Kulti Weltmusik präsentiert vom Verein Talklang
- 08.06. JFMP-Radio Show Radio Kraftstation
- 09.06. Overtime Sendung des Krankenhausfunks
- 10.06. 18 h Unter Strom Sendung des Krankenhausfunks
- 10.06. 19 h AIDS-Hilfe Sendung des Krankenhausfunks
- 11.06. 19 h Volkshochschule Remscheid
- 12.06. Doppelkopf Sendung des Krankenhausfunks
- 13.06. NewsWave Das Info-Magazin der Volkshochschule Solingen
- 14.06. Money, Money Verbraucher-Magazin
- 15.06. Freak-Out-Show Radio Kraftstation
- 16.06. Radio Klängenstadt Friedo Schneiders Lokal-Magazin
- 17.06. 18 h Mix' n' Mojo Harter Rock aus dem Gewerkschaftsstudio
- 17.06. 19 h Rückblende Sendung des Krankenhausfunks
- 18.06. 18 h Bit für Bit Sendung nicht für Bier-, sondern Computer-Freunde
- 18.06. 19 h Bergischer Mundartstammtisch Schloss Burg Sendung f. Volkskultur und Brauchtum im Bergischen Land
- 19.06. Stechuhr Gewerkschafts-Magazin
- 20.06. Trendy Sendung des Krankenhausfunks
- 21.06. Darke Awakening Radio Kraftstation
- 22.06. Radio Kraftstation
- 23.06. Radio Eight
- 24.06. 19 h Radio Kraftstation
- 24.06. 20 h De Hanggeschmedden Solinger Mundart
- 25.06. 19 h Radio Aktiv
- 27.06. Kreuzblende Sendung des Katholischen Bildungswerks
- 28.06. Bubbeltum Sendung von und für Kinder u. Jugendliche aus dem Katholischen Bildungswerk
- 29.06. Subotnix Radio Kraftstation
- 30.06. Sendung des Katholischen Bildungswerks

Andere hören Radio,
Sie machen
die Sendung!



Das Bürgerfunk-
studio der Volks-
hochschule bringt
Sie ins Radio!

Bald: Tel. 290 32-70
Fax 290 32-69

Telefon 0212 208458
0212 2903254

vhs
Solingen

Musik und Tanz

Termine



GETAWAY!
in der alten Beckmann Brauerei Ohligs

SWEET DREAMS Samstag 3.6
Die 80er und NDW-PARTY

HAMMER + VIVA 2 + COOLIBRI
präsentieren:
KILLER BARBIES Montag 5.6
Support: BOONARAAAS

Einzige Club-Show in NRW
TITO & TARANTULA Dienstag 6.6
Support: GLAMOURBOYS

MIDLIFE-CRISIS? Samstag 10.6
Die Party für alle um die 30

HERZ BEIßt HAIFISCH Samstag 17.6
Die Coolibri Single-Party

BIJOLA & HÖEK Samstag 18.6
In der Kneipe parallel zur ANTI-POP Disco

ABI FETE Dienstag 20.6
Humboldt-Gymnasium

!!! Jetzt 2-mal im Monat !!!
MIDLIFE-CRISIS? Samstag 24.6
Die Party für alle um die 30

Einziges Konzert in NRW Sonntag 25.6
GLUECIFER
CELLOPHANE SUCKERS & SPAM

Einziges Konzert in NRW Montag 26.6
SHELTER
WATERDOWN & special Guest

JEDE WOCHE

Mi 300 MINUTES 20-4 Uhr
Hip-Hop - Dance - Soul - House

Do DIE WILDE 13 20-4 Uhr
MUSIK AUS DER WILDEN ZEIT

Fr SCHWEIß-NAB 20-4 Uhr
Disco - Dance - Soul - Chants

Sa PARTY BIS 3 20-4 Uhr
Charts - Disco - Soul - Soul

So ANTI POP 20-4 Uhr
Alternative - Punk - Indie ...

Kottendorferstr. 21
Solingen-Ohligs
Info: 0212-71545

www.getaway-online.de

02.06. 21h (Börse W'tal) RockVision
NewCorner: Marquee, 10 DM (VVK) /
12 DM (AK)
09.06. 20.30h (Kult) Gelb? Live?
Unplugged
10.06. 19h (Sojus 7, Monheim)
Monochrom, Burning Airlines, Rydell,
Quest for Rescue
16.06. 20h (Börse W'tal) Telmo Pires-
"Chansons-Fado-Lieder" portugies.
Musik, 18 DM (VVK) / 22 DM (AK)
17.-18.06. (AJZ W'kirchen) Solinger
Heartchor Tage mit Baffdecks,
Robocop Kraus, Forced To Decay,
Magath, Tupamaros, 46Short (exFinal
conflict), Graue Zellen, Rantanplan, 12
DM
22.06. 19h (Sojus7) Les Savy Fav
24.06. (Börse W'tal) CSD Party, 10
DM
24.06. 19h (Schauplatz) Hardcore-
Festival: King Size Lovers, Avion,
Spitfire, Profan, 12 DM
01.07. Rheinkultur, Bonner Rheinauen

*Kill the nation
with a groove*

2. - 4.6.:
Spektakel in Wuppertal



<http://spektakel.ist-super.de>
Hotline: 0202-49 38 354 (Wuppertal)

LCB/Live Club Barmen
HdJ/Haus der Jugend Barmen
Geschwister-Scholl-Platz 4-6
42275 Wuppertal
02.06. 21h (LCB), 27,-(VVK)/32,-(AK),
Ticket 2000: 25,-(VVK)/30,-(AK),
NEUES GLAS
03.06. 21h (LCB XL), SALSA-DISCO,
7,- DM
19-21h Tanzworkshop: Salsa/
Merengue für Anfänger mit Vorkennt-
nissen, 20,-(erm.)/25,-
21-22h Schnupperworkshop Salsa/
Merengue (kostenlos)
15.06. 11h (hdj), Spezielles Thema-
Spezielles Theater, Landestheater
Detmold, „Alles Gute“
17.06. 21h (LCB), 7,- SALSA-CAFE
18.06. 15h, 5,- (Schüler)/15,- DM, „Die
Lichtkugel“, Eine Veranstaltung der
Balettschule „Tanzraum“
18.06. 20h (LCB), 18,- (VVK,erm.) /
22,- DM, MICHAEL RIESSLER TRIO
23.6. 19h (18.30 Einlass) (LCB), 6,-
(VVK)/8,-DM(AK)
Das Wuppertaler Schülerparlament
präsentiert: Das FRESSDIVAL, Ein
Benefizkonzert zugunsten der
Wuppertaler Tafel: ANNA L., DOC
BONE, DON STYTE, GRACE,
GULLIVER, INJERA, STILL ON THE
VAN

**Nicht gucken -
mitmachen bei
der tacheles**

29.05. 19.30 Uhr (Gaststätte Birken-
weier) Sahra Wagenknecht: Kapital -
Crash - Krise, kein Ausweg in Sicht
Veranstaltung von IG-Medien und
Kulturforum
03.06. (Soj. 7 Monh.) Der Telök

**Termine der Rundreise zum Uni-
Streik in Mexiko**
02./03.06. Auf dem Jungdemokratien-
nen Spektakel in W'tal, HdJ Elberfeld

Kids+Teens

03.06. 10h (hdj), Kindersachentrödel-
markt
03.06. 15h (hdj), 1,50 DM, Kinderdis-
co, 6-11J.
06.06. 11h (hdj), Theater & Projekte in
Zusammenarbeit m. RAA (Regionale
Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern
u. Jugendl. aus Zuwandererfamilien),
dem Kinder- u. Jugendschutz und der
VHS
Comic On! Lisa, Tom und Anna
Ein Musical zum Thema Gewalt für Kin-
der ab 6J., 6,- DM
Aufführung für Grundschulen/Anmel-
dung erforderlich
07.06. 9-13h (hdj), Projekttag
Workshop I, Angst u. Mut-Scham u.
Wut, Theaterpäd. Workshop zum The-
ma widersprüchliche Gefühle
Workshop II, Schwarz und Weiß-Licht
u. Schatten, Wechselspiel d. Gefühle
Experimenteller Workshop mit Foto-
gramm und Scherenschnitt
25.06. 15h (hdj), 2,- DM, TEENY DIS-
CO, 14.30h HipHop und Breakdance
Workshop, 11-15J.

Gruppeninfos

AG Weiße Rose: Treff jeden Di 18h im
Pavillon der Geschwister-Scholl-
Schule, Querstr. 42
amnesty international: Treff jeden
ersten Mi 20h, Kontakt: ☎ 4 15 78
Antifa Bergisches Rheinland:
c/o Infoladen, Postfach 10 09 31,
42609 SG
Bürgeraktion Contra Westtangenten:
Treff jeden 1. Di. 19.30h im Gemeinde-
zentrum Lutherkirche, Kontakt ☎ 17845
Café Courage: Klemens-Horn-Str. 3,
Mo 15-18h, Di-Do 10.30-18h, Fr
10.30-15h (Frauen), Sa 11-15h
(Familien), ☎ 27 36 35, Fax: 1 71 98
Café International: Treff jdi. 1. Freitag
im Monat, 19h, Wupperstr. 120
Den Krieg überleben:
Kontakt: H.Reckwerth, Am Eckbusch
39/85, Wuppertal, ☎ 72 25 23
Frauengruppe International im
Frauenverband Courage: Treff 14tg.
im Café Courage, ☎ 27 36 35
Frauenhaus: ☎ 5 45 00
Frauen helfen Frauen:
Albrechtstr. 12, ☎ 5 54 70
Graue Panther: Eiland 17, 42651 SG
Lesbentelefon:
Mo. 20-22h, ☎ 0202 / 44 08 08
Öffentlichkeit gegen Gewalt:
Kontakt: Ursel Ullmann, ☎ 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein:
Kontakt: Fernand Willig, ☎ & Fax: 32 96
42, Internet: www.solingen-natur.de/rbn
Schwuler Stammtisch: Jd. Di. 20h im
Cobra, Merscheider Str. 77-79
SJD-Die Falken:
Richard-Wagner-Str. 96, ☎ 58 61 87
Solinger Appell/Forum gegen Krieg
und Rassismus: Treff, Do. 15.6.,
19.30h, danach 14tg. im Café Courage
Sol. Arbeitslosenzentrum SALZ
Forststr. 38, 42697 SG, ☎ 7 10 41
Solinger Koordinationstreff gegen
Arbeitslosigkeit:
Infotel.: 710-41/42
SOS-Rassismus:
☎ 20 10 00, Fax: 20 51 37
tacheles: c/o Café Courage, Klemens-
Horn-Str. 3, 42655 SG, Fax 1 71 98,
e-mail: tachelesSG@wtal.de
Tauschring: Treff Gemeindehaus der
ev. Kirche Wittenbergstr. 4,
Kontakt: SALZ, ☎ 7 10 41/42,
Türkischer Volksverein:
Van-Meenen-Str. 1, ☎ 20 48 45,
Mi.: Saz-Kurs 19-21h, Do. Kinderfolklo-
re 18.30h, Fr. 18h Familientreff, Sa/So:
Café und Vorträge im Intertreff
VVN-Bund der Antifaschisten:
Kontakt: ☎ 2 24 44 44
www.brainerror.de

Kino

VHS-Filmstudio, So 17.30 h und Di
20 h Cobra
04./06.06. American Beauty
11./13.06. Felicia, mein Engel
18./20.06. Boys don't cry
25./27.06. Der talentierte Mr. Ripley
Cobra-Kino, tgl. außer Di+So 20 h
01.-07.06. Sweet and Lowdown
08.-14.06. Dogma

**Programmkino im Sojus 7
Monheim**
01./02.06. Eine pornograf. Beziehung
07./10./11.06. Magnolia
15./16.06. Being John Malkovich

**Termine der Solinger Kinemathek
e.V. im Jugendhaus Haan,**
Alleestr. 6. samstags 15h. Eintritt
5DM
03.06.: Ein Sommer mit dem
Wildpferd Ryn
10.06.: Der Sommer des Falken
17.06.: Auf Wiedersehen Kinder
(Louis Malle)